

1. eine allgemeine Ausrüstung des Reichsarmees mit Kleinkaliberbüchsen dürfe nicht stattfinden. Grund sächlich wurde zum Ausdruck gebracht, daß es am besten wäre, wenn alle Kampferverbände verschwinden würden.

Bei dieser Gelegenheit sei auch eine Bemerkung des Reichskanzlers a. D. Joseph Wirth verzeichnet, die nach Pressemitteilungen lautet: „Wir wollen danach streben, demokratischen Parteieigenen, wie sie die Demokraten und Sozialisten haben, den lebendigen Geist des Zentrums einzufloßen.“ Joseph Wirth, dessen Bemühen um eine Zusammenfassung aller republikanischen Kräfte wohl bei Demokraten und Sozialdemokraten weniger aber beim Zentrum Anerkennung und starke Unterstützung findet, wird sich gefallen lassen müssen, wenn ihm bedeutet wird, daß er als „Erneuerer“ der Sozialdemokratie nicht berufen ist. Wir meinen, es fehlt im Zentrum so oft an „lebendigem Geist“, daß es einem Manne vom Temperament und Gestaltungswillen nicht an Arbeit an der eignen Partei fehlen kann.

Probleme der Finanzministerkonferenz.

Die am Dienstag in Berlin beginnende Konferenz des Reichsfinanzministers mit den Finanzministern der Länder soll eine Einigung über die vorläufige Gestaltung des Finanzbudgets herbeiführen. Die Reichsregierung legt dazu einen Referentenentwurf vor, der den geltenden Zustand zunächst um ein Jahr verlängert, den jedoch in einigen wichtigen Punkten abändert. Die Gesamtheit des Reichs, für einen bestimmten Mindestbetrag an Umsatzsteuern und ebenfalls einen bestimmten Anteil des Einkommens an Einkommens- und Körperschaftsteuern sollen gesichert werden.

Die Vorsehung der Vermögensgegenstände würde für die Gesamtheit ein unannehmliches Belastung bedeuten. Insbesondere für die Befreiung des garantierten Anteils der Länder an Einkommens- und Körperschaftsteuern sollen entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Die Reichsregierung ist bestrebt, die Länder durch die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer zu überzeugen. Die Länder sind sich einig, daß die Reichsregierung die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann, wenn die Reichsregierung die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann.

Die Reichsregierung ist bestrebt, die Länder durch die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer zu überzeugen. Die Länder sind sich einig, daß die Reichsregierung die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann, wenn die Reichsregierung die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann.

Sozialdemokratie und Regierung.

Die Sozialdemokratie ist bestrebt, die Regierung zu überzeugen, daß die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann, wenn die Reichsregierung die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann.

Stadthauptstadt.

Die Stadthauptstadt ist bestrebt, die Regierung zu überzeugen, daß die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann, wenn die Reichsregierung die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann.

Russland und Welt.

Die Russen sind bestrebt, die Regierung zu überzeugen, daß die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann, wenn die Reichsregierung die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann.

gierungspolitik für Deutschland und insbesondere auch für Schlesien mit seiner starken Abhängigkeit von einer deutsch-polnischen Wirtschaftsverständigung ergeben würde. Die Notwendigkeit der Verhinderung des deutsch-nationalen Regierungseintritts bedeuere aber noch nicht eine sozialdemokratische Koalitionswilligkeit auf alle Fälle. Wenn es auch richtig sei, daß die Politik der jetzigen Fortschrittspartei in ihrer Unentschiedenheit oft mit einem Fortschritt zu vergleichen wäre, so müßten sich die Sozialdemokraten doch klar darüber sein, mit wem sie regieren sollten, unter welchen Voraussetzungen und zu welchen Zielen die Einladungen zur Koalitionsofferte ergingen. Niemand könne der Sozialdemokratie Mangel an Verantwortungsfreude vorwerfen, wenn er die Geschichte der deutschen Republik überblende, in der die Partei oft genug in die Lücke gesprungen sei.

Der Parteivorstand ging in diesem Zusammenhang auch nochmals auf die Frage der Hohenzollernabfindung ein und erklärte, daß er persönlich nach der Ablehnung des Volksentscheids ein Kompromiß schon im Reichstag für erwünscht gehalten hätte. Nachdem dieses aber nicht zustande gekommen sei, sei etwas Besseres wie das jetzige preussische Kompromiß nicht übriggeblieben, so daß der Parteivorstand der Landtagsfraktion ihre jetzt eingenommene Haltung einstimmig empfohlen habe.

Ausführlich setzte sich Hermann Müller dann noch einmal mit den letzten Reden Silberbergs auseinander. Er ironisierte besonders das naive Verlangen nach einer Abjage der Sozialdemokratie an den Massenamtsgedanken, und fährt dann fort: Vorläufig vertritt das mangelnde Entgegenkommen der Reichsregierung an die Arbeitslosen die großen Gegensätze nur, und auch Silberbergs sozialpolitische Ausführungen seien noch so einschlägig, daß sie straflich dem Unternahmer die Grundlegung jeder der von Hebererbeit gehalten wollten. In einer Zeit der Wirtschaftskrisis sei aber gerade die Wiedererlangung des mangelnden Entgegenkommens eine Hauptforderung der Sozialdemokratie und von der Stellungnahme der Reichsregierung zu diesem Problem würde nicht zuletzt die Haltung anderer Parteien in der Reichstagsfrage abhängen.

Deutsche Franken-Sanierungshilfe.

Die Reichsregierung hat am Freitag in einer öffentlichen Sitzung die Berichte über die Sanierung der französischen Franken in Frage kommenden Ministerien vorgelegt. Der Ausschuss hat die verschiedenen Berichte über diese Berichte in den nächsten Tagen fertigen.

Der Ausschuss hat am Freitag in einer öffentlichen Sitzung die Berichte über die Sanierung der französischen Franken in Frage kommenden Ministerien vorgelegt. Der Ausschuss hat die verschiedenen Berichte über diese Berichte in den nächsten Tagen fertigen.

Amtsrichter Heberer.

Die Heberer hat am Freitag in einer öffentlichen Sitzung die Berichte über die Sanierung der französischen Franken in Frage kommenden Ministerien vorgelegt. Der Ausschuss hat die verschiedenen Berichte über diese Berichte in den nächsten Tagen fertigen.

in Betracht, die auf den Unterschied von mein und dein keinen Wert legen.“ Unterzeichnet war das Anserat für den Nationalverband deutscher Offiziere von einem Dr. Caesar. Parteisekretär Zappay strengte gegen den Unterzeichner Beleidigungsklage an. Der Erfolg war, daß Dr. Caesar freigesprochen wurde und die Kosten dem Privatkläger aufzuerlegen wurden.

Wichtiger als dieser „Urteilspruch“ des Einzelrichters Ueberer ist die Begründung, in der gesagt wurde:

Die den Gegenstand der späteren Abfindung bildende entschädigungslose Enteignung der früheren Fürsten verkennt den Unterschied von mein und dein. Die Abfindung, den ehemaligen Fürsten ihren gesamten Besitz, auch den unvollständig höchst persönlichen, zu nehmen, und zwar ohne jegliche Entschädigung, untergräbt die fundamentalsten Grundzüge eines Rechtsstaats und widerspricht dem in der Reichsverfassung aufgestellten Satze des Schutzes des Privateigentums und dem Satze, daß vor dem Gesetz alle Bürger gleich sind. Jeder rechtlich denkende Mensch mußte ein Verfahren, wie es beabsichtigt war, auf das schärfste beurteilen. Es ist nach Ansicht des Gerichts nicht zu weit gegangen, ein solches Verfahren sogar mit Diebstahl zu bezeichnen. Wer sich für einen derartigen Diebstahl durch Eintragung in die Listen einsetzte, konnte durch die Worte, daß er auf den Unterschied von mein und dein keinen Wert lege, nicht beleidigt werden.

Anschließend heißt es klipp und klar: „Die Feststellung, daß die beabsichtigte entschädigungslose Enteignung der Fürsten dem Sinne nach Diebstahl war, führte zu der Freisprechung des Angeklagten.“

Jedes Volk hat die Richter, die es verdient. Der Ruhm der Beyerndorff, Schulze, Goffmann und Kölling hat den Richter Ueberer nicht ruhen lassen: wenn ein Beyerndorff ungestraft den Reichspräsidenten Gert des Landesverrats beschuldigen durfte, warum soll der Einzelrichter von Rieskn es nicht wagen, vierzehn Millionen Deutsche als Diebe zu bezeichnen?

Jedes Volk hat die Richter, die es verdient.

Rurierter Deutschnationaler.

Aus Danzig wird uns gemeldet: Die neue Bürgerblockregierung gab am Freitag ihr Regierungsprogramm bekannt. Es enthält sowohl hinsichtlich der Finanzsanierung wie der Außenpolitik einige bemerkenswerte Wendungen. Während die Deutschnationalen die von dem bisherigen sozialistisch beeinflussten Senat betriebene Verständigungspolitik gegenüber Polen herb verdammten, sehen sie sich jetzt als Regierungspartei gezwungen, diesen pazifistischen Kurs fortzusetzen. In bezug auf den von ihnen oft beschimpften Völkerbund erklärten sie jetzt ihr Vertrauen und erbaten sogar seine Unterstützung zur Lösung der Finanzkrise.

Die Durchführung der vom Völkerbund wegen der Genehmigung einer Anleihe geforderten Sparmaßnahmen wird der Bürgerblock-Senat durch ein Ermächtigungsgesetz ermöglichen. Die vom Völkerbund geforderte Kürzung der Beamtengehälter soll vorgenommen werden, wenn die Beamten ihre Zustimmung gibt. Die Einschränkung der Erwerbslosenfürsorge ist außerhalb der Ermächtigung auf gesetzlichem Wege geplant. Weiter soll der neue Senat ein Gesetz zur Verkleinerung des Reichstags (100 Abgeordnete) und des Senats (jezt 8 hauptamtliche und 11 parlamentarische Senatoren) einbringen.

Diese Maßnahmen dürften zu lebhaften Äußerungen Anlass geben. Besonders heiß wird die Einstellung der Deutschnationalen gegenüber dem Völkerbund sein. Während die Regierung nur eine einfache Wehrheit in Aussicht hat, wird von der hiesigen Deutschnationalen eine Zweidrittelmehrheit für notwendig gehalten. Da die Verfassung des Reichsstaats unter der Führung des Völkerbundes steht ist es nicht ausgeschlossen, daß die Entscheidung dieses Streites eine Stellungnahme erforderlich wird.

Die Russen sind bestrebt, die Regierung zu überzeugen, daß die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann, wenn die Reichsregierung die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann.

Die Russen sind bestrebt, die Regierung zu überzeugen, daß die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann, wenn die Reichsregierung die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann.

Schülerbewegungen.

Die Schülerbewegungen sind bestrebt, die Regierung zu überzeugen, daß die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann, wenn die Reichsregierung die Befreiung der Vermögensgegenstände von der Einkommensteuer nicht durchsetzen kann.

Neun Monate für das Hundegedicht.

Vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte fand am Sonnabend eine Gerichtsverhandlung statt, die in mancher Hinsicht besondere Beachtung verdient. Der Sachverhalt war folgender:

In der Nr. 160 der „Roten Fahne“ vom 13. Juli erschien eine Karikatur — Wulfdogge mit den Zügen Hindenburgs —, einen Knochen, die Verfassung, in der Schnauze. Zu dieser Karikatur war ein Gedicht gebracht, das aus der Nr. 7 des kommunistischen Witzblattes „Knüppel“ abgedruckt war. Das Ganze trug den Titel: „Achtung, Hunde. Eine Tierfabel aus dem Kinderreich.“ Etwas Geschmackloseres als dieses Gedicht konnte man sich kaum denken, das mußte auch der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Fränkel, zugeben. Es wurde da von Hindenburg als „Hund“ gegenüber dem Kaiser als dem „Oberhund“ gesprochen, von seinem „Hundemut“ und „Hundspöte“, von „Hundetöle“, von „Weldeln“ und dergleichen mehr.

Die „Rote Fahne“ wurde wegen dieses Gedichtes zunächst auf 14 Tage verboten. Das Verbot wurde vom Staatsgerichtshof bestätigt. Der Redakteur des „Knüppels“ konnte wegen seiner parlamentarischen Immunität strafrechtlich nicht belangt werden. Die Zeitschrift selbst wurde verboten. Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“, Hauswirth, wurde Anklage erhoben wegen Beschimpfung der republikanischen Staatsform, die durch Herabwürdigung eines Mitgliedes der republikanischen Regierung, nämlich des Reichspräsidenten Hindenburg, geschehen sein sollte, und aus § 185 des Strafgesetzbuches. Hindenburg hatte nämlich in diesem Falle selbst Strafantrag wegen Verleumdung gestellt.

Der Angeklagte erklärte in der Gerichtsverhandlung, daß er die Verantwortung für das Gedicht übernehme. Eine beleidigende Absicht habe ihm jedoch ferngelegen.

Oberstaatsanwalt von Clausen sah jedoch den Tatbestand der persönlichen Verleumdung und der Beschimpfung im Sinne des Republikchutzgesetzes gegeben und beantragte ein Jahr Gefängnis!

Zustizrat Rechtsanwalt Viktor Fränkel bestritt den Tatbestand des § 8 Ziffer 1 des Republikchutzgesetzes und berief sich dabei auf das Reichsgericht. Gegenüber dem Staatsanwalt, der die großen Verdienste von Hindenburgs betont hatte und aus diesen einen erhöhten Rechtschutz herleiten zu müssen glaubte, meinte Dr. Fränkel, daß Ebert, dessen Verdienste um das deutsche Volk nicht geringer waren, einen derartigen erhöhten Rechtschutz nicht genießen habe.

Das Gericht bejahte, entsprechend der Forderung des Staatsanwalts, beide Tatbestände und verurteilte den Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis.

Dies harte Urteil gibt Anlaß zu einigen Bemerkungen allgemeiner Natur. Als der „Saitlergesellschaft“ Ebert der höchsten Würde mit politischem Takt und Verständnis zum, war er bis zu seinem Tode Gegenstand der gehässigsten Verleumdungen und Beschimpfungen. Daran waren auch die Kommunisten beteiligt. Aber ungleichmäßig gemeiner waren die Saitler aus dem Lager der Nationalisten, jener Kreise, die die „Bildung“ sozusagen traditionsmäßig für sich in Anspruch nahmen.

Heber so blöde Beschimpfungen, wie sie in der „Roten Fahne“ gegen Hindenburg veröffentlicht wurden, hätte Ebert sicher mit Achselzucken hinweggesehen. Aber gegen die systematischen, perfiden Angriffe auf seine politische und persönliche Ehre, die seine Gesundheit untergruben und ihn vorzeitig aus dem Amte riefen, gegen diese verleumderischen Angriffe hat er sich mehrfach durch Strafanträge zu wehren gesucht. Wo aber gegen die Verleumder in der Reichspressen der Reichspräsident Ebert in ähnlicher Schärfe geschützt werden, wie sein Nachfolger Hindenburg in diesem Falle gegen die blöden Beschimpfungen in der „Roten Fahne“?

Arbeitssteilung im Völkerbundsekretariat

Im Zusammenhang mit der Wahl des deutschen Untergeneralsekretärs im Völkerbund ist wieder die Frage aufgeworfen worden, welche Arbeitssteilung zwischen den obersten leitenden Beamten des Völkerbundsekretariats besteht.

Laut dem Vorschlag für 1927 ist dem Generalsekretärstellvertreter Arenal (Franzose) die Oberaufsicht über die Sonderorganisation des Völkerbundes Finanzwirtschaft, Verkehr, Gewerbe usw.) übertragen. Der italienische Untergeneralsekretär Amelunz hat die Überwachung der Abrechnungsteilung und den gesamten inneren Verwaltung des Sekretariats. Dem deutschen und dem japanischen Untergeneralsekretär sind zwei Abteilungen des Sekretariats zugewiesen: dem Deutschen diejenige der internationalen Arbeit und der geistigen Zusammenarbeit und dem Japaner diejenige der politischen Arbeit, an deren Spitze bisher als Direktor ein Franzose stand.

Neben diesen Spezialaufgaben, welche dem Generalsekretärstellvertreter und den drei Untergeneralsekretären zugeordnet sind, besteht jedoch ihre Tätigkeit — und man kann wohl sagen, ihre hauptsächlichste Tätigkeit — darin, dem Generalsekretär in allen wichtigen Fragen des Völkerbundes zu beraten, weshalb sie auch ständig alle bedeutendsten Probleme zu studieren haben. Nur vom juristisch, d. h. formell ist es so, daß der Generalsekretär alleinstimmig und allmählich Leiter des Völkerbundsekretariats ist. Im Wirklichen bezieht er alle wichtigen Angelegenheiten mit seinen Untergeneralsekretären wie in einem Direktionskomitee. Daher ergibt es sich ganz von selbst, daß der Untergeneralsekretär gewissermaßen auch als der diplomatische Vertreter der Völkerbundsekretariate fungiert, was äußerlich durch den Ausdruck kommt, daß meistens von ihnen der Titel eines Ministers oder Staatssekretärs erhalten haben.

Die polnischen Wanderarbeiter.

Die wochenlang mit der polnischen Delegation über die Frage der Wanderarbeit in Berlin geführten Verhandlungen haben ein Ergebnis noch nicht gebracht. Es sieht so aus, als ob die Verhandlungen nunmehr auf dem Punkte angelangt sind. Auf deutscher Seite sind an den Verhandlungen beteiligt das Reichsarbeitsministerium als federführendes Ministerium, das Auswärtige Amt, das Reichsministerium des Innern, das preussische Ministerium des Innern und die Wanderarbeitszentrale. Die maßgebenden Stellen waren schon vor Jahren bereit, die Frage der Wanderarbeit vertraglich zu regeln, aber die im Jahre 1925 verhängten Verhandlungen verliefen ergebnislos. Im Beginn des Jahres 1926 wurde ein Protokoll mit der polnischen Regierung abgeschlossen, und es handelt sich jetzt darum, dieses Protokoll in ein Vertragswerk überzuführen.

Zurzeit dürften sich etwa 120000 polnische Wanderarbeiter in Deutschland befinden. Davon sind 80000 im Frühjahr dieses Jahres eingereist. Bis auf einen Rest von etwa 8000 bis 9000 Wanderarbeitern sind die im Frühjahr eingereisten auf Grund des Protokolls mit befristeten polnischen Pässen versehen worden. Die Rückkehr dieser Pässinhaber nach Polen wird sich voraussichtlich reibungslos gestalten. Weitaus schwieriger verhält es sich dagegen mit zweiten 80000 Mann, die schon seit längerer Zeit in Deutschland sind. Hier handelt es sich vor allem um die Feststellung der Staatsangehörigkeit, und die polnische Regierung ist, wie verlautet, nicht geneigt, diesen Wanderarbeitern, die Polen sind, die Einreise nach Polen zu gestatten.

Deutschösterreichischer Parteitag.

In Linz ist der Kongreß der deutschösterreichischen Sozialdemokratie unter dem Vorsitz von Karl Seih zusammengetreten. Seih wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß die Beratung und Beschlußfassung über das neue Parteiprogramm den Hauptgegenstand der Verhandlungen bilde.

Im Namen der reichsdeutschen Sozialdemokratie begrüßte Dr. Adolf Braun den Parteitag. Bei Besprechung der innerpolitischen Fragen in Deutschland hob der Redner hervor, in 14 Tagen werde es sich entscheiden, ob in Deutschland die Sozialdemokratie in eine Koalitionsregierung eintreten werde.

Für das Internationale sozialistische Bureau sprach Friedrich Adler. Nach weiteren Begrüßungsansprachen und den Berichten referierte Dr. Otto Bauer über das neue Parteiprogramm. Er führte u. a. aus: Die Eroberung der politischen Macht wird die Aufgabe dieser Generation der Arbeiterklasse sein. Wir wollen mit demokratischen Mitteln die Herrschaft erobern und diese nicht mit einer neuen Klassenherrschaft begründen. Nur wenn die Bourgeoisie die Demokratie bedroht, dann hat das Proletariat keine Wahl mehr als die, die Staatsgewalt durch den Bürgerkrieg zu erobern, und dies bedeutet dann Diktatur.

Abjage an die Radikalsozialisten.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs, der am Sonntag und Montag in Paris tagte, um im Rahmen der von dem letzten Parteitag gefällten prinzipiellen Entscheidungen die Politik von Partei und Fraktion für die nächsten Monate festzulegen, hat eine Reihe außerordentlich weittragender Beschlüsse gefaßt.

Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete die Frage, welche Politik die Partei bei den bevorstehenden Wahlen zur Erneuerung des Senats einschlagen soll. Der am Montag gefaßte Beschluß ist die logische Konsequenz der Haltung der bürgerlichen Linken, die durch ihr Kompromiß mit den Parteien des Nationalen Blocks das Kartell gesprengt hat.

Unter Ablehnung eines von der Minderheit unter Führung Renaudis gestellten Antrags, der die Frage des Zusammengehens mit den Radikalsozialisten den einzelnen Departements überlassen wollte, hat der Nationalrat mit 2045 gegen 90 Stimmen eine von Zorunski eingebrachte und von Leon Blum nachdrücklich vertretene Entscheidung angenommen, die sämtlichen Provinzialverbänden zur Pflicht macht, im ersten Wahljahr unter Verzicht auf alle Opportunitätsrückichten eigene vollständige Listen aufzustellen und die volle Unabhängigkeit der Partei auch nach außen hin unabweisend zum Ausdruck zu bringen. Das soll selbst auf die Gefahr hin geschehen, daß dadurch in dem einen oder anderen Wahlkreis der Kandidat der ehemaligen parteilosen Partei der ausgetretenen Reaktion unterliegen sollte. Erst für die Stichwahl, d. h. für den zweiten und dritten Wahlgang läßt der Parteibeschluß die Möglichkeit offen, die sozialistische Liste mit denen der Radikalsozialisten und der republikanischen Sozialisten zu verschmelzen, jedoch mit dem ausdrücklichen Verbot jeder Koalition mit denjenigen Politikern der bürgerlichen Linken, die sich durch ein Zusammengehen mit dem Nationalen Block kompromittiert haben.

Der Beschluß des Nationalrats legt weiter fest, daß auch in der Stichwahl eine Listenverschmelzung nur mit solchen bürgerlichen Kandidaten in Frage kommen darf, die durch ihre Haltung in der Vergangenheit und Gegenwart den Beweis erbracht haben, daß sie unbedingte Anhänger des Wahlrechts sind und des Achtstundentags und ausgedehnte Gegner der kapitalistischen Ausbeutung, des Militarismus und des Imperialismus sind und die auf autoritären Gebieten die Methode des Mißtrauens, des Zwanges und der Gewalt vorbehaltlos ablehnen. Nur so heißt es in der Resolution, kann die reaktionäre Mehrheit des Senats, die für das Scheitern der im Jahre 1921 eingeleiteten demokratischen Politik die Verantwortung trägt gebrochen werden.

Von den übrigen Entscheidungen des Nationalrats ist mit besonderer Betonung der Beschluß zu erwähnen, daß die Partei zu Beginn des neuen Jahres ein eigenes Zentralorgan zu schaffen zu lassen. Die seit dem letzten Parteitag eingeleitete Propaganda hat das erfreuliche Ergebnis gehabt, daß schon jetzt 120000 Abonnenten dafür gesichert sind.

Notizen.

Nationalistischer Parteitag. Der Parteitag der Nationalistischen Partei in Wien wurde am Sonntag in Wien abgehalten. Der Parteitag wurde anfangs von der Partei durch die gewöhnliche Organisation des Nationalistischen Komitees ein Verlust der Organisation der Nationalistischen Partei in Wien verurteilt. Die Organisation der Nationalistischen Partei in Wien wurde durch die Organisation der Nationalistischen Partei in Wien verurteilt. Die Organisation der Nationalistischen Partei in Wien wurde durch die Organisation der Nationalistischen Partei in Wien verurteilt.

Die Reichsstaatsanwaltschaft. Der Reichsstaatsanwaltschaft in Berlin wurde die erste Sitzung des Ausschusses einer Reichsstaatsanwaltschaft in Berlin. Die zweite Sitzung wird der Ausschuss frühestens in 14 Tagen beginnen.

Die Höchster Schulen vom Militär geräumt. In Wien am Main haben die Franzosen die letzte der seit 1918 beschlagnahmten Schulen geräumt und der Stadt höchst zurückgegeben. Ehe die Schule wieder in Gebrauch genommen werden kann, sind umfangreiche Ausbesserungsarbeiten nötig. Die Franzosen beziffern den Schaden auf 8000 Mark, während eine deutsche Kommission ihn auf mindestens 120000 Mark geschätzt hat.

Depeschen.

Ein Sozialdemokrat als Reichspresseschef. Berlin, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Ernennung des Sozialdemokraten Zechlin zum Reichspresseschef kann als gesichert angesehen werden. Zechlin, der bei dieser Gelegenheit zum Ministerialdirektor befördert wird, tritt an die Stelle der bisherigen Presseschefs Kiep, der seinerseits den freigewordenen Posten eines Botschaftsrats in London übernehmen wird. Der neue Reichspresseschef Zechlin ist einer der ganz wenigen Beamten, die schon vor der Revolution sich zur Idee des Sozialismus bekannnten.

Auswärtiger Ausschuss. Berlin, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Tagesordnung des Auswärtigen Ausschusses, der heute um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammenkam, steht als erster Punkt die Berichterstattung über die bisherige Entwicklung der Außenpolitik seit Thoirn. Reichsaußenminister Stresemann berichtete über die achtzigste Sitzung des interministeriellen Ausschusses und konnte über den ruhigen Fortgang der außenpolitischen Verhandlung Mitteilung machen. Wie die „V. Z.“ mitteilt, gab Stresemann Auskunft über die Richtlinien, nach welchen die deutschen und französischen Sachverständigen das Problem behandeln, und gleichzeitig teilte er mit, daß die Arbeiten der Sachverständigen noch zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen sind. Als zweiter Punkt der Tagesordnung wird mit den Sachverständigen die Frage der Militärkontrolle erörtert werden.

Konferenz der Finanzminister. Berlin, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag begann im Reichsfinanzministerium eine Konferenz der Finanzminister der Länder. Die wichtigste Frage der heutigen Debatte betrifft den § 35 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes, welcher festlegt, daß den ertragschwachen Ländern mindestens 80 Prozent des Reichsdurchschnitts der Einkommensteuer pro Kopf der Bevölkerung garantiert werden.

Im Reichsfinanzministerium plant man diese Garantie fallen zu lassen, da das Reich nicht gewillt ist, außer den 75 Prozent der Einkommensteuer noch weitere Ausgaben an die Länder zuzugestehen.

Die neue Stellungnahme der Reichsregierung hat bei den in Berlin anwesenden Länderministern Heftigkeit und Protest hervorgerufen. Lediglich das preussische Staatsministerium scheint entschlossen zu sein, den Standpunkt des Reichsfinanzministeriums zu unterstützen.

Die Jemetrozse.

Vandenberg, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Im heutigen vierten Verhandlungstag im großen Nordbröckhoff hofft man mit der Beweisaufnahme zu Ende zu kommen. Als erster Zeuge wurde der Vater des Ermordeten Großke vernommen. Nach seinen Angaben hat der Sohn keine politische Partei angehört. Der Junge war 20 Jahre alt, als er zu dem Arbeitskommando ging. Er war ein bischen einseitig und hatte es deshalb schwer gehabt, Arbeit zu finden. Mit Tränen in den Augen schildert der Vater seinen Sohn als einen guten Menschen, der niemand etwas Böses getan habe und sich nie um Politik kümmerte.

Die nächste Zeugin ist die Mutter des Mörders Klapprott. Die Zeugin will von ihrem Recht auf Zeugnisverweigerung keinen Gebrauch machen. Sie behauptet, daß ihr Sohn immer ein guter Mensch gewesen sei. Er wollte gern Soldat werden und seine Abenteuerlust trieb ihn in die Fremde. So hat er viele Jahre in Ostpreußen zugebracht. Beim Militär hat er den Oberleutnant Schulz kennengelernt. Die Zeugin behauptet, daß der Sohn nicht ein Atom von Rache gekostet habe. Er hatte vielleicht seine vier kleinen Geschwister wie ein Tier aufgezogen.

Nicht Erbsenmörder, sondern Hochhauer.

Berlin, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Geheimnis des unter dem Verdacht der Mordtat am 17. September 1926 in Kollmar verhafteten Edelmann ist aufgeklärt worden. Es handelt sich um einen schwebigen Hochhauer, Sohn des Gymnasialprofessors Edelmann in Kollmar. Edelmann wird gegenwärtig von den deutschen Behörden wegen Hochverrats gesucht.

Wahlerfolge der englischen Arbeiterpartei.

W. London, 2. November. Nach um 12 Uhr nach vorliegenden Ergebnissen der englischen Gemeinderatswahlen ist der Stand der Parteien folgender: Arbeiterpartei 147 Gewinne, 8 Verluste; Konservativen 18 Gewinne, 57 Verluste; Liberale 7 Gewinne, 56 Verluste; Unabhängige 13 Gewinne, 34 Verluste. In Birmingham gewann die Arbeiterpartei 8 Sitze, in Nottingham 5 Sitze und in Wootton 2 Sitze. In dem neuangelegten Wahlkreis Ipswich wurden 10 Konservativen und 5 Unabhängige gewählt, während 14 Arbeiterkandidaten unterlagen. Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt, die vorerwähnte Niederlage, die die Konservativen erlitten hätten, sollte dem Premierminister und seinen Kollegen zu denken geben.

Zum Anschlag auf Mussolini.

W. Bologna, 2. November. Die Präfektur teilte mehrere Einzelheiten über den Verüben des Anschlags auf Mussolini mit. Der Täter, Anzo Joridani, ist ungefähr 16 Jahre alt. Sein Vater ist Buchdrucker und wohnt in Bologna. Anzo, der seit langem einer fascistischen Jugendorganisation angehört, war in der letzten Zeit dieser Organisation ferngeblieben.

Momenten-Troß kontra Stalin.

W. Moskau, 2. November. Das Referat Stalins über den Oppositionsblock dauerte vier Stunden und lief lebhaft debattiert. In dieser Debatte nahmen Kamenev und Trotski teil, die ihre Anschauungen verteidigten. Die Debatte dauerte fort.

Irreträglich erschlagen?

Berlin, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Da der „V. Z.“ meldet, ist der Verdacht aufgetaucht, daß es sich bei den von den Faschisten in Bologna anlässlich des Attentats gegen Mussolini verübten Ungehörigkeiten gegen den jungen Jamboni um einen ganz entscheidenden Irrtum handelt. Es wird berichtet, daß weder der Junge noch die ganze Familie Jamboni den Faschisten feindlich gegenüberstanden habe. Der junge Jamboni soll sogar vor einigen Monaten seine Aufnahme in die fascistische Jugendorganisation beantragt haben. Diese Angaben werden auch von anderer Seite bestätigt, so daß man in gut unterrichteten Kreisen glaubt, daß im Verlauf des kurzen Landgemenges, das unmittelbar nach dem Attentat entstanden ist, der wirkliche Täter erschlagen ist und der junge Jamboni irrtümlich das unglückliche Opfer der wachsamsten Menge wurde. Diese Vermutung hat jedoch die italienische Presse nicht davon abgehalten, die gesamte Familie Jamboni zu verhaften.

WILLO

Strümpfe

Damen-Strümpfe
Seidenfarb. mit Naht, Doppelfoßen und
Hochferse, schwarz und farbig . . . Paar **85**

Damen-Strümpfe
Kunstseide, mit Naht, Doppelfoßen und
Hochferse, schwarz und farbig . . . Paar **98**

Damen-Strümpfe
Prima Seidenf., in regulär, Naht, Doppel-
foß u. Hochf., schwarz u. farb. Paar **1.20**

Damen-Strümpfe
Prima künstliche Seide, waschbar, 2 Naht,
moderne Farben Paar **1.95**

Wollwaren

Wollene Schals und Mützen
einfarbig und gefärbt. **1.95**
einfarbig und gefärbt. **3.75**

Kinder-Garnituren
Kleidungsstücke, Jacke, Schal und Mütze **6.50**

Damen-Sportwesten
Kleidungsstücke mit andersfarbigem Saum,
mit Naht **6.90**

Damen-Pullover
mit Naht ohne Knöpfe,
in verschiedenen Farben **6.90**

Wolle

Schlafdecken

Schlafdecken
einfarbig mit Streifenanteile **1.60**

Schlafdecken
140x190 cm, samthaarfarbig mit Rante **3.25**

Schlafdecken
150x200 cm,
schöne Karomuster, weich und mollig **5.90**

Original-Wollmoll-Decken der gute Woll,
Erlaub. entzünd. Ausm. 140x200 cm **7.75**

Billig!

LANGE & MÜNZER

Breiter Weg 51/52

Zentraltheater
Die mit 3 Aufführungen
Försterchristl
Mittwoch, Donnerstag & Freitag
mit dem besten Ensemble
Rotkäppchen
Mittwoch mit der besten Besetzung
Siele Heberreigungen
für Sphalobeneben
Sonntag, den 4. November
WIE EINST IM MAI
Sonntag, den 4. November
großer Modenschau
Mittwoch, Donnerstag & Freitag
gesamtes Damenpersonal
mit dem besten Ensemble
erster Berliner Hasequino
Sonntag, den 4. November

Die Finfer aller Finfer



DOLOMIT
ZIGARETTE



Vertrieb durch: Rudenmacher, Magdeburg-W.

Konzerthaus

Mittwoch u. Donnerstag
ab 3 1/2 Uhr:
Die beliebten Kaffee-Konzerte
mit künstlerischen Darbietungen
Eintritt frei.

Hohenzollern-Kart

Heute Mittwoch ab 7 1/2 Uhr
Konzert
Kabarett
5-Uhr-Tanz-Tee
im bekanntlich gut gehygierten Saale.
Jan. Einführung gelangt:
„Brüderlein fein“
Komischer Zingpiel von Leo Fall,
Sprecher: Herr Weichmann.
Eintritt frei.

Morgen: Donnerstag nachmittag:
Ehemalige für den beliebtesten Anlager
Arthur Schulze.
Jan. Einführung gelangt:
„Brüderlein fein“
Eintreten: Donnerstag ab nachher 10 1/2

Reichskrone

Schloßstraße 22. Sonntag, 21.10.
Heute Mittwoch:
Schlachtfest
ab 10 Uhr.
Schleich, Tiere, Hedeperer.
Abends: Alle Sorten jr. Wirt.

Gesellschaftshaus Stadt Löbnitz

Heute heute jeder Mittwoch und
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr.
Kaffeekonzert
mit künstlerischen Dar-
bietungen.
Es werden mit:
Valerie-Den, Emil Waken, Gertrud-
Lindner, Martha Berg, Gertrud-
Lindner, Marie Koll, Rudolf,
Zimmertafel.
Jeden Mittwoch abends um 7 1/2 Uhr im
Eleganter Ball
Kaffee-Konzert.
Kaffee-Konzert.

UT

Storchstr.

Heute die Donnerstag
Max Tende
Erle Gläpser
als Hauptdarsteller in
Die Tragödie einer Frau
zusammen mit einem Ensemble.
Tanz
In Neuherf
ist was los!
Begrüßung Tende, Gertrud-
Lindner.
1000 Zuschauer spielen
mit.
Die Komik nach die Neuherf
Begrüßung Tende, Gertrud-
Lindner.
1000 Zuschauer spielen
mit.

Zentraltheater
Mittwoch, Donnerstag & Freitag
Nachmittag, Sonntag
Sonder-Vorstellung
für die
Reichskrone
Mittwoch, Donnerstag & Freitag
Reichskrone
Mittwoch, Donnerstag & Freitag
Försterchristl
Mittwoch, Donnerstag & Freitag

Freibühne Jülich
Mittwoch und Donnerstag
ab 7 1/2 Uhr
Kaffee-Konzerte
mit künstlerischen Dar-
bietungen.
**Die gestörte
Hochzeitsnacht.**

Stadttheater Stendal
Mittwoch, Donnerstag, Samstag, Sonntag
ab 7 1/2 Uhr
KONZERT
mit künstlerischen Dar-
bietungen.
Kaffee-Konzert.
Kaffee-Konzert.

Gesellschaftshaus Stadt Löbnitz
Heute heute jeder Mittwoch und
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr.
Kaffeekonzert
mit künstlerischen Dar-
bietungen.
Es werden mit:
Valerie-Den, Emil Waken, Gertrud-
Lindner, Martha Berg, Gertrud-
Lindner, Marie Koll, Rudolf,
Zimmertafel.
Jeden Mittwoch abends um 7 1/2 Uhr im
Eleganter Ball
Kaffee-Konzert.
Kaffee-Konzert.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 2. November 1926.

Werbungsfolg in Magdeburg.

Endlich Ruhe zur Kleinarbeit! So lang es nach dem Volksentscheid aus dem Mund unserer Funktionäre...

Der Vorstand weiß, daß die Funktionäre nur ihre Partei-pflicht erfüllten. Trotz alledem sprechen wir ihnen den Dank aus.

Die Werbung für Oktober ist abgeschlossen. Das Resultat ist:

501 Mitglieder und 408 Zeitungsleser

wurden neu gewonnen. Mit dem Resultat wollen wir uns noch nicht zufrieden geben. Die Werbung für November hat schon wieder eingesetzt.

Genossen und Genossinnen, noch einmal heran an die Arbeit! Der November muß uns ein noch besseres Resultat bringen als der Oktober.

Der Zeitungshändler.

„Perliner Tageblatt, Morgenpost, Pöpsische Zeitung, Volksstimme, P. Z. am Mittag!“ usw. ruft er ununterbrochen.

Das Geschäft geht wie alle andern Geschäfte. Der Mensch gewöhnt sich an alles, also auch an seinen Zeitungslieferanten.

Diese treuen Kunden sind die einzigen, die den täglich verhältnismäßig geringen Absatz garantieren. Gelegentliche Kunden-schaft hat er nur wenig.

Über auch der Leser gewöhnt sich einmal an Sensationen. Im Grunde höchstens noch die Ankündigung, daß es morgen keine Zeitung mehr gebe.

Regen, fremder Regen, eisiger Wind an der Straßenseite, die Zeitungstafel voll Notungen. Da froh der Absatz. Die Kassanten eilen vorwiegend zum Saure gegen das Unwetter.

Der Zeitungshändler hofft, daß der Regen recht bald nachläßt und der Fußgängerverkehr sich wieder hebt.

Was nun, wenn morgen statt des gewohnten ein anderer oder gar kein Zeitungshändler an der Straßenseite steht?

Das ist ein harter Versuch. Denn dort, wenn du dem Kunden deine Zeitung abläufst.

Himmelserscheinungen im November.

Die Tageslänge nimmt im November bedeutend ab. Am 1. beträgt sie anfangs noch 9 1/2 Stunden, sinkt im Verlauf des Monats jedoch bis auf 8 1/2 Stunden herab.

Der November bringt das bedeutendste Ereignis im Winternachmittag, die Perseiden. Am 1. um 11 Uhr vor-mittags heiter Sonne, Ende Monats in gerader Linie, so daß der Planet mit Sonnenuntergang erscheint.

Nächst Mars ist Jupiter am Abendhimmel recht auffällig. Der Sonnenuntergang tritt er, und zwar im Strich, über dem Südhorizont und etwa zwischen 10 und 11 Uhr, tritt nur noch bis 9 Uhr herab.

Merkur erscheint zwar am 5. seinen größten östlichen Seitenabstand von der Sonne (Gonjunktur), steht jedoch ferner südlich, daß er kaum aufgefunden werden dürfte.

unsichtbar. Venus ist nur noch im Anfang des Monats, kurz vor Sonnenaufgang zu beobachten, verschwindet dann aber sehr bald in den Strahlen der Sonne.

Der Mond steht zu Beginn des Monats als schmale Sichel am Morgenhimmel, wird aber bald — nämlich am 5. — als Neumond unsichtbar.

Der Nigiternhimmel zeigt gegen 10 Uhr abends zu Anfang des Monats (Ende November bereits um 8 Uhr) ein stark winterlich anmutendes Bild.

Kurd Rißhauer, in der Monatschrift „Arctania“.

Sozialdemokratische Partei Magdeburg.

Achtung, Genossinnen und Genossen! Am kommenden Sonntag vorm. 10 Uhr im „Höfjäger“

Revolutions-Feier

Wir haben Landtagsabgeordneten Ruttner als Redner den Er ist bekannt aus den Gemeindefreiwirtschaften.

Schlech-Drachster (45 Musiker) unter Leitung des Kapellmeisters W. Pirrome. — Solist: Herr Heinz Behrens (Violine)

Der hohen Kosten wegen sind wir gezwungen, 50 Pfennig Eintrittsgeld zu erheben.

Wir erwarten von unseren Mitgliedern, daß sie unbedingt an der Feier teilnehmen. Diese Feiern zu besuchen ist Pflicht.

Die Intelligenz der Tiere.

Am letzten Abend in der Halleischen Hochschule sprach Professor Dr. Gerhardt über „Intelligenz der Tiere“.

Vergleichsmomente hat das Tier. Zweierlei Handlungen lassen sich bei ihm deutlich ablesen: Reflexhandlungen und Instinkt-handlungen.

Allgemein gilt die Unvergleichbarkeit der Tiere an Intelligenz. Eine Einordnung ist hier nicht möglich.

Die Intelligenz der Tiere ist im Grunde genommen eine Reflexintelligenz. Die Tiere sind im Grunde genommen Reflexwesen.

Die Intelligenz der Tiere ist im Grunde genommen eine Reflexintelligenz. Die Tiere sind im Grunde genommen Reflexwesen.

Die Intelligenz der Tiere ist im Grunde genommen eine Reflexintelligenz. Die Tiere sind im Grunde genommen Reflexwesen.

Die Intelligenz der Tiere ist im Grunde genommen eine Reflexintelligenz. Die Tiere sind im Grunde genommen Reflexwesen.

Die Intelligenz der Tiere ist im Grunde genommen eine Reflexintelligenz. Die Tiere sind im Grunde genommen Reflexwesen.

Die Intelligenz der Tiere ist im Grunde genommen eine Reflexintelligenz. Die Tiere sind im Grunde genommen Reflexwesen.

Die Intelligenz der Tiere ist im Grunde genommen eine Reflexintelligenz. Die Tiere sind im Grunde genommen Reflexwesen.

Die Intelligenz der Tiere ist im Grunde genommen eine Reflexintelligenz. Die Tiere sind im Grunde genommen Reflexwesen.

übrigen stellen die Spitzenverbände den bekanntesten optimistischen Ausführungen des Reichsfinanzministers über die Lage des Reichshaushalts die Tatsache gegenüber, daß die Vorschläge der Gemeindefreiwirtschaften den Entwicklung überholt sind.

Die Anspannung gerade dieser Steuern gegenüber den Vorjahren sei darauf zurückzuführen, daß der Steuerabau des Reiches zwar nicht die Einnahmen des Reiches, wohl aber die Einnahmen der Gemeinden vermindert hat.

Die Spitzenverbände verlangen die Fortdauer der Garantie für das Aufkommen der Umsatzsteuer, weil ohne eine solche Garantie eine weitere Anspannung der Realsteuern zu befürchten sei.

Die Stellungnahme der Spitzenverbände zur Frage des Gemeindefreiwirtschaftsrechts zur Einkommensteuer scheint doch nicht so einheitlich, als es nach obiger Meldung des „Sozialdemokratischen Reichsdienstes“ den Anschein haben könnte.

Arbeitszeit und Polizeistunde.

Gemäß § 1 der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 28. Oktober 1926 ist die Polizeistunde für den Gemeindefreiwirtschaft Magdeburg vom 1. November 1926 an auf die Zeit von 2 bis 6 Uhr morgens festgesetzt worden.

Zur Erläuterung bemerkt der Polizeipräsident hierzu: Nach der Umfassung der Ausführung des Bundesrats über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gewerbe- und Handwerksbetrieben ist die regelmäßige für jede Woche hierzulande zu leistende Arbeitszeit für Gehilfen und Lehrlinge über 16 Jahre auf die Mindestdauer von 8 Stunden, für Gehilfen und Lehrlinge unter 16 Jahren auf die Mindestdauer von 6 Stunden festgesetzt.

Nach dem Tarifvertrag für das Gewerbebetriebe in Magdeburg beträgt die Höchstarbeitszeit neun Stunden täglich und kann mit Zustimmung der Betriebsvereine auf 10 Stunden einschließlich der Wochenruhe ausgedehnt werden.

Automobilfernstraßen.

Die letzten abgeschlossene Tagung der Studienkommission für Automobilfernstraßen in Weimar hat in manchen Kreisen der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, als ob es in Deutschland darauf ankomme und auch möglich sei, in nächster Zeit großer Automobilfernstraßen zu bauen.

Die Gebirgen, die in Deutschland über die Ausdehnung des Automobilverkehrs den allen beteiligten Stellen im letzten Jahr angeordnet worden sind, haben erwiesen, daß es einen erheblichen Durchgangsmassenverkehr nach gar nicht sehr großen Entfernungen müßte die ungelungen Nachrichten, die im Bereiche von in einzelnen sind, für jedes einzelne Kilometer gerade nach der Größe des Verkehrs vorzuziehen werden.

Von durchgehenden Automobilstraßen könnten vorzugsweise überhaupt nur solche Strecken in Betracht, die sämtlich nicht vor-bereinander entfernte und wirtschaftlich aufeinander angewiesene Zentren miteinander verbinden.

Steuerabbau auf Kosten der Gemeinden.

Die Veröffentlichung des Deutschen Reichstages über die Finanzen der Gemeinden und auf die Aktion der Wirtschaftsspitzenverbände, die zum Finanzgleichgewicht seitens der Verträge zulässiger haben, ist jetzt ein gemeinsamer Schritt aller kommunalen Spitzenverbände bei der Reichsregierung erfolgt.

Die Gesellschaft hielt kürzlich eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Nach dem Bericht des Vorsitzenden...

Stenographische Vereinigung von 1897. Am letzten Vereinsabend konnte der Vorsitzende A. Dant...

Rundfunkprogramme.

- Rundfunk Leipzig (Well: 452), Dresden (Well: 294)
Wochentags: 10: Wirtschaft, 11:45: Wetter, 12: Mittagsmusik...

Leidigungen oder Schrotflinten, so ist auch hierbei Ernst und Würde zu wahren.

Neugestaltung des Reichsarbeitsblattes. Das Reichsarbeitsblatt wird vom 1. Januar 1927 an in neuer Gestalt...

Sozialdemokratische Partei.

Bezirk Sudenburg. Am Mittwoch Frauen-Unterhaltungsabend bei Silbermann.

Bezirk Süd. Am kommenden Freitag Funktionärsitzung bei Genthe.

Warnung vor einer Hochstaplerin. Am 13. September ist in Bonn eine Schwindlerin aufgetreten, die einen Bankier...

Ein irreder Diebstahl. Am 21. Oktober zwischen 12 und 1 Uhr nachmittags fand einer Diebstahlsdelikt des Geldbrieffs...

Ein Paar Pferde entzogen. In der Morgenstunden wurde ein Paar Pferde entzogen, die sich in der Nähe eines landwirtschaftlichen Betriebes...

Diebstahl von Schmuckgegenständen. Der Kaufmann S. wurde von Schmuckgegenständen beraubt, darunter ein Goldring...

Kellerbrand. In der Schloßstraße war ein Kellerbrand ausgebrochen, der durch einen Defekt an einer Gasleitung...

Arbeiterjugendbund Magdeburg.

Arbeiterjugendbund Magdeburg. Am Sonntag den 1. Oktober...

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiterjugendbund Magdeburg. Am Sonntag den 1. Oktober...

Frauenvereine. Am 20. Oktober fand die Jahresversammlung der Frauenvereine...

Werbewoche des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Vom 1. bis 7. November veranstaltet der Landesverband...

Revolutionsfeier der Sozialistischen Arbeiterjugend. Am Sonntagabend findet in der Aula der Luisenschule die Revolutionsfeier...

Gründung der Reichsausgemeinschaft deutscher Vereine. Am 11. Oktober wurde in Bielefeld die Reichsausgemeinschaft...

Sechsteiliger Roman. Die Geschichte der Familie...

Diebstahl von Schmuckgegenständen. Der Kaufmann S. wurde von Schmuckgegenständen beraubt...

Schmuckgegenstände. Der Kaufmann S. wurde von Schmuckgegenständen beraubt...

Arbeiterjugendbund Magdeburg. Am Sonntag den 1. Oktober...

Arbeiterjugendbund Magdeburg. Am Sonntag den 1. Oktober...

Der Provinzial-Landgemeindetag.

Am Sonnabend hielt in Halle der Provinzialverband Sachsen des Verbandes der preussischen Landgemeinden seine Jahresversammlung ab. Ihr ging voraus eine besonders von sozialdemokratischen Gemeindevorstehern stark besuchte Preisvertretertagung, in der Geschäftsbericht, Rechnungslegung, Beitragsleistung, Satzungsänderung und Haushaltsplan beraten, die Vorstandswahl vorgenommen und die Entschlüsse für den Landgemeindetag besprochen und festgelegt wurden.

Kritisiert muß werden, daß es der Provinzialverband nicht für nötig gehalten hat, den Kreisvertretern vorher Kenntnis von der Art der beabsichtigten Satzungsänderung zu geben.

Den Bericht der Provinzialgeschäftsstelle erstattete Dr. Gercke. Er konnte von einem guten Fortschritt und Ausbau der Organisation, von der Gründung weiterer Kreisabteilungen und von einem guten Verhältnis zu den Behörden, insbesondere zu den Landräten, berichten. Der Verband hat überall verstärkten Einfluß gewonnen. Reges kommunalpolitisches Leben hat sich entfaltet.

An Beiträgen erhebt der Verband 2 Pf. je Einwohner und 1 Pf. je Hektar von den Gemeinden und Gutsbezirken. Die Kreisabteilungen können einen kleinen Zuschlag dazu erheben. Für Amtsbezirke ist ein Pauschalbetrag festgesetzt.

Sozialdemokraten im neuen Vorstand.

Durch Satzungsänderung wurde eine andre Zusammenziehung des Provinzialverbandes beschlossen. Der Vorstand wurde von sechs auf neun Mitglieder erhöht. Von den drei neuen Vorsitzenden sind zwei Sozialdemokraten, nämlich Genosse Schrader (Görlitz) und Genosse Böttge (Leipzig) als Vertreter der Agrargemeinden und Genosse Böttge (Leipzig) als Vertreter der Industriegemeinden. Damit ziehen also zum erstenmal Sozialdemokraten in den Provinzialverband des Verbandes der Landgemeinden ein.

Dieser Erfolg ist der Zusammenfassung der sozialdemokratischen Vertreter des Landgemeindetags durch den Kommunal-Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei zu verdanken. Heber die Beratungen dieser Tagung der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher haben wir in der vorigen Nummer der „Volksstimme“ berichtet.

Der Provinzialverband besteht aus 9 Mitgliedern, von denen 3 aus der Reihe der Gemeinden mit mehr ländlichem Charakter und 6 aus der Reihe der Gemeinden mit mehr industriellen Charakter zu sein müssen. Aus diesen drei Arten der Mitgliedsgruppen wird außerdem je ein Vorsitzender gewählt. Die Wahl erfolgt jetzt auf die Dauer von 6 Jahren. Alle 2 Jahre scheidet ein Drittel der Mitglieder jeder Kategorie aus, nach 6 Jahren die drei Vorsitzenden. In den Vorstand können auch noch Personen vom Vorstand berufen werden, die sich um die Selbstverwaltung oder den Verband verdient gemacht haben.

Den neuen sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern ist versprochen worden, daß auf diese Weise noch der Rest der großen Landgemeinden der Provinz, Genosse Seine (Groß-Osternleben), der gleichzeitig Kreisvorsitzender des Verbandes der Landgemeinden für den Kreis Wittenberg ist, in den Vorstand berufen werden soll. Das ist um so nötiger, als Genosse Seine eigentlich nach dem Ausscheiden des bisherigen Vorsitzers Dr. Gercke (Groß-Osternleben) als sein Nachfolger zum Vorsitzenden für die Industriegemeinden hätte bestimmt werden müssen. In seine Stelle hat man aber damals den Gemeindevorsteher Käsemann (Wittenberg) als Vorsitzenden genommen. Diese Zurücksetzung untes Genossen Seine und der Gemeinde Groß-Osternleben muß unbedingt wieder gungemacht werden.

Vom Genossen Böttge wurde der Vorstand darauf hingewiesen, daß die Gutsbezirke zu stark im Vorstand vertreten sind und daß die Statuten demokratischer gestaltet werden müssen. Diese Frage ist auf der Hauptversammlung des Verbandes im Bezirk angefaßt worden.

Unter der sozialdemokratischen Gemeindevorstellung der berechneten Entschleunigung zu den Tagungsordnungsplan des Landgemeindetags wurden von den Genossen Böttge, Schrader und Seine beauftragt und wurden dann zur Grundlegung für die zukünftige Entschleunigung der Vertretertagung an der Landgemeindetag gemacht.

Die Forderungen der Landgemeinden.

In dieser einseitig angenommenen Entschleunigung mangelte es an der nötigen Berücksichtigung der Forderungen der Landgemeinden, und folgende:

Der Provinzialverband der Landgemeinden ist in der Lage, als die einzige Zentralbehörde die Finanzlage der Gemeinden wahrzunehmen, sondern wesentlich gefördert. Außerdem sind die Vertreter der Städte, der Kreisräte des Verbandes alles daran zu setzen, zu erreichen, daß der Provinzialverband der Landgemeinden an der Einkommenssteuer für Länder und Gemeinden erheblich herabgesetzt wird. Die Garantie des Reiches für die Landgemeinden muß auch in Zukunft weiter gefördert werden.

Die Landgemeinden wenden sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die an sich mündlichen Wertungen der Gemeindevorsteher in der Hauptsache auf Kosten der Gemeinden erfolgen, weil diese dadurch zu einer nicht mehr nachhaltigen Erhöhung ihrer Steuern, die Wirtschaft schwer belastenden Kontributionen gezwungen werden.

Der Landgemeindetag stellt an die Reichsregierung die Forderung, eine Neuverteilung der Gewerbesteuer zu veranlassen. Die Last der ausgereinigten Gewerbesteuer müßte für die Gemeinden nicht mehr in der Lage, aus eigenen Mitteln die Unterhaltung für die Wasserwerke zu tragen. Es muß daher verlangt werden, daß von Reich die Kosten übernommen werden. Schon jetzt ist es den meisten Landgemeinden nicht mehr möglich, den auf sie entfallenden Anteil zu tragen; eine Neuverteilung ist also dringend erforderlich.

Der Landgemeindetag ist der Ansicht, daß diese verhängnisvollen Änderungen am besten sich erledigen lassen durch Festsetzung der Gewerbesteuerbefreiung und ihre Ersetzung durch Befreiung der Gewerbesteuerbefreiung und ihre Ersetzung durch Befreiung der Gewerbesteuerbefreiung. Es wird deshalb die höchste Berücksichtigung dieses Gebotes durch den Reichstag ermahnt.

Die Reichsregierung hat eine Einigung der gemeindlichen Selbstverwaltungsrechte im Allgemeinen und der Selbstverwaltungsrechte der Landgemeinden im besonderen gebracht. Dadurch sind diese in der Erfüllung ihrer Aufgaben schwerer behindert und in der Entwicklung gehindert. Bei der kommenden Gemeindevorstellung muß den Grundgedanken der notwendigen Sparmaßnahmen durch Beschränkung der Verwaltung von allem durch Vermeidung erheblicher Zentralisation. Um die durch diese Übertragung der Kompetenzen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden Rechnung getragen werden. Die bestehenden erheblichen Ungleichheiten für Stadtgemeinden einzusetzen und Landgemeinden auszugleichen müssen bestritten werden.

Der geltende Rechtszustand auf dem Gebiete der Selbstverwaltung bedarf dringend einer Änderung nach der Richtung, daß die Pflichten der Landgemeinden als Eigentümer an ihren Sachen hinsichtlich ihrer Beteiligung an der öffentlichen Verwaltung in Einklang gebracht und die gleiche Verantwortlichkeit gegenüber den Wählern hergestellt wird.

Insbesondere der steigenden Volkshaushaltung der ländlichen Schulverbände wird eine höhere Beteiligung der Landesparlament an den Kosten gefordert. Dies muß bei der kommenden einseitigen Regelung des Finanzausgleichs

zwischen Reich, Ländern und Gemeinden berücksichtigt werden. Die beabsichtigte Herabsetzung der Landgemeinden zu Unterstützungsbeiträgen für die städtischen höheren Schulen — ob direkt oder auf dem Umweg über die Kreis kommunalverbände — wird als unbedeutend abgelehnt. Wenn eine finanzielle Unterstützung der städtischen höheren Schulen notwendig ist, dann ist die Regelung Aufgabe des Staates, für den die Übernahme der erforderlichen etwa 12 Millionen Mark im Gegensatz zu den Gemeinden oder Landkreisen eine verhältnismäßig geringe Belastung bedeutet.

In der Aussprache über diese Forderungen behandelte Genosse Karl Wille (Görlitz) die Schulfragen auf dem Lande. Seine Ausführungen fanden bei der ganzen Konferenz lebhaftest Zustimmung.

Glänzender Erfolg der Werbeweche.

Un die Parteifunktionäre! Das Ergebnis der sozialdemokratischen Werbeweche im Bezirk Magdeburg-Anhalt ist ein überraschend hervorragendes. Die aufreibende, emsige Arbeit unserer Funktionäre hat reiche Früchte getragen. Trotz der furchtbaren Wirtschaftskrise, trotz wüster demagogischer Gegenagitation der Kommunisten zählen wir

3110 neue Parteimitglieder
3922 neue Zeitungsabonnenten.

Das sind Zahlen, mit denen sich die Partei jehem lassen kann. Wir benutzen die Gelegenheit, um den Parteifunktionären den Dank des Bezirksvorstandes auszudrücken. Gewiß hätte vielleicht noch mehr herausgeholt werden können, in manchen Orten ist nicht mit der Energie gearbeitet worden, wie es angebracht gewesen wäre. Im allgemeinen jedoch hat man erkannt, daß nur durch emsige Kleinarbeit Erfolge zu erringen sind.

Im Bezirk Magdeburg-Anhalt zählt die Partei jetzt **41000 organisierte Sozialdemokraten.**

Das ist eine organisatorische und politische Macht. Jetzt gilt es, die neuen Parteimitglieder zu schulen und zur Mitarbeit zu gewinnen. Wir dürfen aber auch in der Vorbereitung nicht nachlassen. Wo Erfolge erzielt wurden, dort arbeitet man weiter. Wo bisher aus bestimmten Gründen noch nicht genug erreicht ist, dort versuchen man mit erhöhter Arbeitsfreude den gut arbeitenden Ortsvereinen nachzueifern. Ausgehend von der Erkenntnis, daß Stillstand Rückschlag bedeutet, muß die Parteigenossenschaft noch mehr als bisher vorwärtsstreben.

Die Kommunisten möchten gern unsere Erfolge verkleinern. Wir nennen deshalb in aller Öffentlichkeit unsere Zahlen und sind überzeugt, die Kommunisten werden ihre Mitgliederzahlen nicht veröffentlichen. Denn dann würden diese Kaufhebel in ihrer ganzen erbärmlichen organisatorischen Bedeutungslosigkeit erscheinen. Lassen wir uns von der Agitation der Kommunisten nicht einschüchtern. Arbeiten wir weiter. Dann wird auch die sozialdemokratische Feste im Bezirk Magdeburg-Anhalt unerschütterlich sein. Das Bezirkssekretariat.

Vertreter der Agrargemeinden wollten dann eine Entschleunigung, ähnlich der des Landesverbandes, gegen die beabsichtigte Verlegung der Provinzialverwaltung von Merseburg auf der Vertretertagung als Meinung des Verbandes der Landgemeinden durchdrücken. Auf Einwirken unserer Genossen, die Angelegenheit ist noch nicht geklärt, denn die deutschnationalen Dr. Gercke und v. Engelbrochten bestimmten, wurde die Entschleunigung nicht zur Abstimmung gebracht.

Nach der Wahl des nächsten Tagungsortes, der auf Luedersburg fiel, wurde die Kreisvertretertagung vom Vorsitzenden, Amtsvorsteher v. Luedersburg in Romstedt, geschlossen.

Am Nachmittage fand dann die von mehr als 1000 Teilnehmern besuchte

Sauptversammlung des Provinzial-Verbandes

in Anwesenheit zahlreicher Behördenvertreter und Abgeordneten statt. Während man sich von deutschnationaler Seite in der Vertretertagung offensichtlich bemühte, neutral zu sein, da man wusste, daß die sozialdemokratischen Vertreter sonst opponieren würden, legte man sich in der öffentlichen Tagung anmaßend der vielen agrarisch-deutschnationalen Vertreter nicht die notwendige Beschränkung auf. Der Vorsitzende, Amtsvorsteher v. Luedersburg, hätte sich wirklich die Verurteilung auf den „großen Herrmann“ zu geben, der es geben wird, daß es in unserem geliebten Vaterland wieder anders wird“, hören können.

Obertagungspräsident Dr. Gercke überbrachte die Grüße des Oberpräsidenten Genossen Göring und wies in seiner Rede auf die Frage des Staatsvertrages und des Gemeindefinanzsystems und den Wert der Weimarer Verfassung hin und betonte, daß eine volle Bewahrung der Selbstverwaltung denkbar sei, daß aber die außerordentlichen Verhältnisse zusehends auch eine gewisse Einschränkung der Selbstverwaltung und eine erhöhte Staatshilfe notwendig machen.

Landtagspräsident Genosse v. Engelbrocht sprach im Namen der Kommunalratspräsidenten dem Verband die Anerkennung für die realistische kommunalpolitische Arbeit aus. Er wies auf die Gefahren hin, die den Landgemeinden in der Nähe der Industriestädte dadurch drohen, daß ihre Selbstständigkeit durch Eingemeindungsabsichten gefährdet ist und forderte die Agrargemeinden auf, der Eingemeindung Widerstand entgegenzusetzen durch Schaffung von Arbeitsplätzen, der der die Landgemeinden bestehen können. Unter diese Auffassung schloßen wir uns an Paragrafen zu setzen.

Landgemeindetag in Berlin.

Zur Hauptversammlung des Verbandes der preussischen Landgemeinden in Berlin findet für die sozialdemokratischen Vertreter der Gemeinden eine Besprechung am Sonnabend den 13. November, vormittags um 8 Uhr, im Saal 12, und nachmittags um 7 Uhr, im Saal 13, im Preussischen Landtag (Präsidentenstraße), statt. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, die an der Tagung des Verbandes teilnehmen, in dieser Besprechung unbedingt und pünktlich zu erscheinen.

Kommunalpolitische Zentralkasse beim Parteivorstand der S. D. P.

Der leitende deutschnationalen Minister.

Und dann kam das mit großem Lärm auf der Einleitung in die Presse und in den deutschnationalen Kreisen ganz unwillkürlich auf die Funktionäre des deutschnationalen Finanzministeriums an. Das ist diejenige Funktionäre des Reichsfinanzministeriums v. Schlieffen. Er weiß, daß er sich nicht die Verantwortung der Landgemeinden erworben hat, aber um seinen deutschnationalen Ruf wiederherzustellen, mußte er vor den vielen deutschnationalen Gemeindevorstehern eine Rede halten. Er ging nicht auf seine Finanzminister-Tätigkeit ein, sondern auf die deutsche Finanzminister-Tätigkeit, doch ja nicht mehr auf die deutschen Finanzminister zu kämpfen, sondern herzutreten um ihnen zuzuhören; denn er, der deutschnationalen ehemalige Finanzminister, sei doch nun einmal jetzt Reichsfinanzminister, und da dürften ihm seine Reden

deutschnationalen Gemeindevorsteher doch keine Schwächen machen. Das war der Sinn und der Zweck seiner Ausführungen. Der deutschnationalen Vorstand hat es ja gut mit seinem Freunde von Schlieffen gemeint, als er so auffällig sein Debüt als Reichsfinanzminister antrat; wir bezweifelten aber, daß seine Vereinen ihm bei ihrem Haffe gegen alles, was mit Steuern zusammenhängt, Gefolgschaft leisten werden.

Bürgermeister v. Lian (Eilenburg), der Vorsitzende der im Reichsstadtebund zusammengeschlossenen kleinen und mittleren Städte, hielt es für angebracht, zur Förderung der Verständigung zwischen Stadt und Land die Notwendigkeit des Zusammengehens des Reichsstadtebundes mit dem Landgemeindevorstand gegen die großen Städte zu propagieren. — Es gibt doch merkwürdige Verständigungsapostel.

Landrat a. D. Dr. Gercke verstand es wiederum ausgezeichnet, durch die Art seiner Rede seine deutschnationalen gläubigen Gemeindevorsteher zu blenden. Er sprach über

Verwaltungsreform und Finanzausgleich.

Dabei wandte er sich gegen die beabsichtigte Einrichtung von Landbürgermeistereien, die der Selbstverwaltung Schäden und eine unerwünschte Zwischeninstanz zwischen Gemeinden und Landräten schaffen würden. Das war nicht auf der Vertretertagung besprochen worden, und es ist zu beurteilen, daß Dr. Gercke in dieser Frage eine Nefflegung des Verbandes beabsichtigt, ehe das für und Wider erörtert werden konnte.

Prinzipiell zustimmen kann man ihm darin, daß keine Eingangs-, sondern eine Erweiterung der Selbstverwaltung durch die Verwaltungsreform nötig ist, daß der steuerliche Druck von den Gemeinden auf die Dauer nicht ertragen werden kann, daß eine Rationalisierung der Verwaltung und eine Verkürzung des Amtsausgleichs eintreten muß.

Ungeklärt ist noch die Frage, ob es angebracht ist, das Oberpräsidium als Verwaltungsinstanz oder die Regierungen zu beschließen und den Landräten erweiterte Befugnisse zuzuwenden. Dr. Gercke wollte auch in dieser Frage den Verband festlegen und erklärte, daß die Landgemeinden keine Festlegung der Regierungenpräsidenten wünschen, dafür aber den Oberpräsidenten als unbedingt erachten und ihn nur als Staatskommissar gelten lassen wollen. Auch das war eine nicht zu billigende Festlegung, weil die Initiatoren vieler Gemeindevorsteher durchaus nicht mit den Ansichten Dr. Gerckes übereinstimmen.

Wenn Dr. Gercke weiter an der Geschäftlichkeit des Verbandes liegt, dann muß er in Zukunft solche unklare Fragen aus seinem Referat weglassen. Tut er das nicht, so werden die sozialdemokratischen Vertreter es durchsetzen, daß das nächste Mal auf dem Landgemeindetag seine Ausführungen nicht unumwiderrbrochen bleiben. Sie werden dann, entgegen der Gefolgschaft, auch in der öffentlichen Tagung eine Aussprache verlangen.

Was Dr. Gercke über die Schulfragen auf dem Land ausführt, können wir Sozialdemokraten im großen und ganzen unterschreiben. Die Schulfragen sind für die Landgemeinden außerordentlich hoch und drückend. Die Kritik, die Genosse Matties (Mühlhausen) auf der Vertretertagung an den Maßnahmen des Reichsministers zum Ausdruck brachte, der mitten im Staat die Schulfrage herbeiführt und die Beiträge an die Landeshaushalte erhöht hat, unterwirft Dr. Gercke. Er kennzeichnet diese unvorhergesehene Belastung der Gemeinden als unerbittlich und verlangt mehr Rücksichtnahme auf die schwierigen finanziellen Verhältnisse der Gemeinden.

Der Schulverbandsvorsitzende müßte nicht der Lehrer, sondern der Gemeindevorsteher sein, denn dieser ist für die Verwaltung und die Finanzen der Gemeinde verantwortlich. Nicht gegen den Willen der Gemeinde dürfe der Schulverbandsvorsitzende bestimmt werden. Diese Forderung wird sich nicht gegen die Landesherrschaft, die Gemeinden wollen, daß gerade die besten Lehrkräfte auf Land kommen.

Bei der Erörterung des Finanzausgleichs bemühte sich Dr. Gercke, das zu sagen, was der Herr v. Schlieffen zur Verteidigung seines Finanzausgleichs vorgebracht hatte. Dann aber wandte sich der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Gercke, im Gegensaß zu seiner früheren Haltung, mit aller Entschiedenheit gegen das Zuschlagsrecht der Gemeinden

zur Reichseinkommensteuer. Nicht nur die Arbeiterwohnungs-gemeinden, sondern auch die Agrargemeinden würden in große Bedenken geraten, wenn ihnen die Dotationen genommen und damit die Zuschläge zur Einkommensteuer gegeben würden. Gerade in den ärmeren Gemeinden mit höchsten sozialen Löhnen würde das Zuschlagsrecht eine Finanzkatastrophe herbeiführen. Nur große Städte haben ein Interesse an der Wiedereinführung des Zuschlagsrechts. Das müßte die höchste Selbstverwaltung und die Zustimmung über die Einnahmenseite im Landgemeindetag, wenn sie nur auf dem Papier steht und praktisch der Gemeinde nichts nützt.

Um eine Überdehnung der Reallohn in der Gemeinde zu vermeiden, muß die Höhe für die Reallohn auf Reichsgrundlagen gestellt werden. Das Reich hat eine gute Steuerlast, hat Überschüsse, aber die Gemeinden leiden große finanzielle Not. Darum muß das Reich den Gemeinden mehr Mittel zuweisen. Der Vorwurf der Wirtschaft, die Landgemeinden anbeten nicht hartum, ist unbedeutend. Je besser es den Gemeinden geht, desto besser geht es auch dem Reich.

Über die Gewerbesteuerbefreiung und die weitere Entwicklung hielt Landrat Genosse v. Engelbrocht einen interessanten Vortrag, in dem unter anderem sozialdemokratischen Auffassungen über diese Freiheit zum Ausdruck kamen. Die meisten Vertreter der Agrargemeinden wollten es aber nicht für nötig, den Ausführungen untes Genossen zuzuhören. Es herrschte eine derartige Unruhe im Saal, daß die Ausführungen so gut wie unverständlich blieben. Der Vorsitzende, Amtsvorsteher v. Luedersburg (Romstedt), hielt es für noch länger Zeit für angebracht, dem Redner einladenden Ruf zu beschicken. Die unersättliche Interessiertheit der Mitglieder der deutschnationalen Gemeindevorsteher zeigt so recht, welches geringe Verständnis in vielen Landgemeinden der Lage und den Notwendigkeiten der Gemeindevorsteher von den Gemeindevorstehern entgegengebracht wird.

Die Forderung der Landgemeinden im Staat ist die Forderung der Forderung des Reiches. Dr. Gercke erklärte, die Behörden und Parlamente hätten die Bedeutung der Landgemeinden erkannt, habe der Reichstag die Gegenmaßnahme. Seine Kampfrichtung gegen die erwiderte Entschleunigung, seine abwegige Behauptung über die Kulturverderbung in der Großstadt, das Schimpfen über die Eingemeindungsmaßnahme, die Abschaffung und den Nachdruck der Reichsminister und über den Kampf an Gemeinwesen in den Städten ist so anstrengend, daß der Vorstand des Verbandes den Herrn Reichstag bedauern sollte, daß er solche Reden in einer öffentlichen Versammlung des Verbandes in Zukunft unterläßt. Der Verständigung zwischen Stadt und Land, die der Verband doch überleben will, dient man mit solchen Vorträgen, wie dem des Reichsfinanzministers, wirklich nicht.

Der Redner schloß mit dem Satz: Die freie Gemeinde ist die Grundform des freien Staates.

Ein Schlüsselwort des Vorsitzenden v. Engelbrocht, daß die weißen Besucher des Landgemeindetags in unbilligster Weise nicht mehr mit anderen, sondern die Tagung.

Wir hoffen, daß auf dem nächsten Provinzial-Landgemeindetag die Art der sozialdemokratischen Vertreter noch weit leichter zu sein wird. Darum: Einem in den Verband der Landgemeinden!

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Wangleben.

Geld. Die kommunalen Verhältnisse in unserer Stadt werden mit jedem Tage skandalöser, denn der Bürgermeister Dr. Anarr ist seit seiner Wiederaufnahme der Dienstgeschäfte am 1. September nur schon zum dritten Male wieder erkrankt und überläßt die Führung seiner Geschäfte den ehrenamtlichen Magistratsmitgliedern, insbesondere den schon in seinem Verufe mit Arbeit stark belasteten Beigeordneten Rechtsanwalt Wiegand. Wie ist es möglich, daß die Aufsichtsbehörde diesem dauernden Kranksein des Bürgermeisters, der doch von der Stadt ein erhebliches Diensteinkommen bezieht, und hierfür seine Pflicht bis zum äußersten tun müßte, tatenlos gegenübersteht. Im Interesse einer geordneten Kommunalverwaltung müßte ein so kranker Mann wie Dr. Anarr doch möglichst schnell durch eine volle Kraft ersetzt werden. Es wird nötig, den Mann in den Ruhestand, gegebenenfalls zwangsweise, zu versetzen. Will die Regierung nicht endlich eingreifen? Will die Regierung, die doch sonst als Aufsichtsbehörde immer schnell mit Kontrolle und Bevormundung bei der Hand ist, nicht endlich eingreifen, damit der Stadt nicht noch größerer Schaden entsteht? Die Steuerzuschläge für das laufende Steuerjahr sind noch nicht genehmigt. Dies scheint Dr. Anarr oder seine rechte Hand, den Oberbürgermeister, der sonst nach Berichten des „Egelnener Tageblattes“ ein tüchtiger Leiter des Magistratsorgans des „Jünglingsvereins“ sein soll, wenig Kopfweh zu bereiten. Die Bürgergemeinde kann das nicht länger mit ansehen, denn im vorigen Jahre hat die verspätete Einziehung der Steuern unter den Steuerzahlern mit Recht viel Mißtrauen verursacht. Inzwischen ist auch die Kommune in Fragen, wie Arbeitslosigkeit, Schornsteinbau, Antriebsverbindungen usw. den Bürgermeistern keine Ruhe lassen, aber es bald mit der Arbeit auch in den Magistratsangelegenheiten und es eine Arbeit seiner Geschäfte zu befähigen, das müßte er sich kaum. Anrufe oder Besuche des Bürgermeisters können aber nicht an eine Stelle, die für ein Gemeindefunktionär unzulässig ist.

Schere. Hunderttägiges Gattelspiel. Das Gattelspiel wird in Wangleben seit Jahren mit großer Begeisterung gespielt. In der letzten Saison wurde es von dem Herrn ... (Text continues with details of the game and participants).

Verkehrsmittel. In Wangleben ... (Text discusses local transport and infrastructure issues).

Landbau. ... (Text reports on agricultural conditions and harvest prospects in the region).

Wahl. ... (Text mentions upcoming elections and local political activities).

Matthias Schöberl, der Wandersänger.

Matthias Schöberl, der Wandersänger, ... (A detailed biographical and literary profile of the wandering singer, including his background, travels, and musical style).

Brand auf dem Gebr. Benedek'schen Gehöft war die Ursache. Eine Scheune, voll gefüllt mit Getreide, ist niedergebrannt. Zur Bekämpfung des Feuers auf seinem Pferd waren außer der Leutnanten Feuerwehr die Wehren von Egeln, Wolmirsleben und Lindeburg gekommen. Die Scheune, die inmitten der Dorfstraße liegt und von mehreren Scheunen, Ställen und Wohngebäuden umgeben ist, brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder, trotz der pflichtbewußten und zähen Arbeit der Feuerwehren. Die Ursache des Brandes soll Kurzschluss sein. Der Schaden ist groß dürfte aber durch Versicherung gedeckt sein.

Kreis Jerichow 1 und 2.
Gommern. Oris ausshuß. Gemeindefachbeamter Genosse Hermann Garte hielt einen sehr interessanten Vortrag über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft und die Aufgaben der Gewerkschaften. Den dauernd unzufriedenen Hörern sagte er: Die Gewerkschaften sind nicht dazu da Weltrevolution zu machen, sondern dafür zu sorgen, daß für den einzelnen Brot auf den Tisch kommt, durch Verbesserung der Tarifverträge usw. Dem Redner wurde reichlich Beifall zuteil. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß, wenn jeder seinen Mann steht, es besser werden muß und die Gewerkschaften ans Ziel kommen.

Grabow. Eine Propagandafahrt nach Grabow unternahm die Ortsgruppe Burg des Reichsbanners am Sonnabend. Durch den anhaltenden Regen kam die Agitation in der Dorfe nicht richtig zur Geltung. Trotzdem war die Versammlung im Lokal von Karpentier gut besucht. Der Kreisleiter schilderte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Republikaner. Dann sprach Kamerad G. Wiegand über „Republik von heute und Tomorrow“ und über die Ziele der Bewegung. Eine Anzahl Republikaner erklärten ihren Beitritt zum Reichsbanner. In nächster Zeit wird die Gründungsversammlung abgehalten werden.

Genstau. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hält seine nächste Versammlung am Donnerstag den 4. November, abends 8 Uhr, im „Kongresshaus“ (Gebäude) ab. Pflicht aller Parteigenossen und Republikaner ist es, dieser Organisation beizutreten, denn nur so ist es, die wirksam für die Interessen der Kriegskämpfer eintritt.

Stadtfreis Burg.
Die Revolutionsfeier findet am Sonntag den 7. November, abends 8 Uhr, im „Kongresshaus“ statt. Für eine würdige Ausgestaltung der Feier ist vom Bildungsausschuß Sorge getragen. Schöne Paraden und Musikanten mit ihren Angehörigen müssen an dieser Feier teilnehmen.

Arbeiterwohlthätigkeit. Die Verhandlung findet am Freitag abends 8 Uhr im „Kongresshaus“ statt.

Ein weiterer Grenzabend findet am Mittwoch den 2. Oktober im „Kongresshaus“ statt. Die Genossen müssen rechtzeitig erscheinen, da eine reichliche Aussteuer über das Weihnachtsfest hinaus ist.

Ein weiterer Grenzabend findet am Mittwoch den 2. Oktober im „Kongresshaus“ statt. Die Genossen müssen rechtzeitig erscheinen, da eine reichliche Aussteuer über das Weihnachtsfest hinaus ist.

Ein weiterer Grenzabend findet am Mittwoch den 2. Oktober im „Kongresshaus“ statt. Die Genossen müssen rechtzeitig erscheinen, da eine reichliche Aussteuer über das Weihnachtsfest hinaus ist.

Kreis Wolmirsleben-Neuhaldensleben.
Salmische. ... (Text reports on local events and news from the Wolmirsleben-Neuhaldensleben region).

lufen, damit die Gemeindepolitik in den einzelnen Orten nach einheitlichen Richtlinien durchgeführt wird. Inzwischen hat der Unterbezirksvorstand bereits die Abhaltung von solchen Konferenzen beschlossen; damit dürfte den Wünschen dieser Parteigenossen Rechnung getragen sein.

Wahlbroschüren. Mandatsniederlegung. Der Genosse Franz Sunold legte sein Mandat als Gemeindevorsteher nieder. — Der Neue-Well-Kalender. Bestellungen werden beim Genossen Verch entgegengenommen. — Um die man gelhafte Beleuchtung der Häuser sollte sich unsere Polizeiverwaltung kümmern, damit sich die Herren Hausbesitzer endlich mal an ihre Vorschriften gewöhnen.

Neuhaldensleben. Ein Frauen-Unterhaltungsabend der sozialistischen Frauengruppe findet am Mittwoch den 3. November, abends 8 Uhr, bei der Herzogin statt. Alle Genossinnen müssen erscheinen und Gäste mitbringen. Es soll auch eine Besprechung über die Weihnachtsbescherung stattfinden.

Immenborn. In der Gemeindevertretersitzung wurden die Genossen Köllner und Barthe durch den Gemeindevorsteher eingeführt. Den ausscheidenden Vertretern sprach er den Dank der Gemeinde aus. Die Gemeinde besitzt in der Gemarkung des Gemeindefreiwaldes Wesselsleben, und umgeben die Gemeinde Wesselsleben im Gemeindefreiwald Immenborn größere Ackerpläne, die beide fast denselben Grundsteuerertrag haben. Um nun die Verwaltung zu vereinfachen, bittet der Gemeindevorsteher, bei der Aufsichtsbehörde einen Antrag auf Ausbgl. Eingemeindung der Grundstücke stellen zu dürfen. Die Gemeindevorstellung gab hierzu ihre Zustimmung. Der Straßenneubau Immenborn-Neu-Immenborn muß weitergeführt werden. Hierzu will der Gemeindevorsteher noch Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge beschaffen. Die Kosten für die zuletzte geleisteten Arbeiten wurden, um die Arbeiter regelmäßig entlohnen zu können, einstuweilen den Gemeindefreiwald entnommen. Zur Deckung dieser Ausgaben bittet der Gemeindevorsteher, den Kontokorrentkredit bei der Kreisparasse um 5000 Mark — bis zum Eingang der Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge — erhöhen zu dürfen. Die Vertretung erklärte sich hiermit einverstanden. Vom Gemeindefreiwald standen zwei Anträge zur Verhandlung. Der erste erhielt die Zustimmung der Vertretung und betraf die Unterhaltung des alten Schulgebäudes. Die Gemeinde hat in diesem Gebäude noch ein Schulzimmer in Benutzung, die Unterhaltung dieses Klassenzimmers bleibt Sache der Gemeinde. Das darin eingerichtete Jugendheim, eine Einrichtung der Kirchengemeinde, übernimmt die Kirchenteile, und Reparaturen am gesamten Aufengebäude werden von beiden Kassen je zur Hälfte getragen. Der zweite, der die Ablösung der Aufschlagsgebühren der Wasserleitung für die Parre und die Küsterwohnung forderte, bei der die Gemeinde je 30 Mark niederschlagen sollte, wurde als unberechtigt abgelehnt. Der Gemeindevorsteher brachte ein Protokoll über den Kenntnis, das einen Beschluß der Gemeindevorstellung aus der letzten Sitzung betraf. Nachdem dieser Beschluß auf Grund des Kommunalabgabengesetzes zu Recht gefaßt worden ist, will der Gemeindevorsteher die Vertretung der Aufsichtsbehörde zur weiteren Erledigung im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens übergeben. Auf Antrag der Bewohner des Maulberggartens sollen sie jetzt auch eine Kasse der Straßenbeleuchtung erhalten. Der Schulobstgarten, den bisher der Päder Schulze in Benutzung hatte, soll, da sich hierfür mehrere Interessenten gemeldet haben, öffentlich meistbietend veräußert werden. Da auch die Gemeinde Immenborn vom Kreis aus zur Errichtung einer Verjudsfortbildungsschule für Mädchen vorgeschrieben ist, soll hierfür ein Klassenzimmer im neuen Schulgebäude zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten werden vom Kreise getragen. Als letztes stand die Verabschiedung der Stadtreise zur Verhandlung. Nach kurzer Debatte einigte man sich auf folgende Preise: die beiden besten Mannern je 75 Pf., zwei mittlere je 40 Pf. und die vier Kleinern je 30 Pf.

Stadtfreis Burg.
Die Revolutionsfeier findet am Sonntag den 7. November, abends 8 Uhr, im „Kongresshaus“ statt. Für eine würdige Ausgestaltung der Feier ist vom Bildungsausschuß Sorge getragen. Schöne Paraden und Musikanten mit ihren Angehörigen müssen an dieser Feier teilnehmen.

Arbeiterwohlthätigkeit. Die Verhandlung findet am Freitag abends 8 Uhr im „Kongresshaus“ statt.

Ein weiterer Grenzabend findet am Mittwoch den 2. Oktober im „Kongresshaus“ statt. Die Genossen müssen rechtzeitig erscheinen, da eine reichliche Aussteuer über das Weihnachtsfest hinaus ist.

Ein weiterer Grenzabend findet am Mittwoch den 2. Oktober im „Kongresshaus“ statt. Die Genossen müssen rechtzeitig erscheinen, da eine reichliche Aussteuer über das Weihnachtsfest hinaus ist.

Ein weiterer Grenzabend findet am Mittwoch den 2. Oktober im „Kongresshaus“ statt. Die Genossen müssen rechtzeitig erscheinen, da eine reichliche Aussteuer über das Weihnachtsfest hinaus ist.

Ein weiterer Grenzabend findet am Mittwoch den 2. Oktober im „Kongresshaus“ statt. Die Genossen müssen rechtzeitig erscheinen, da eine reichliche Aussteuer über das Weihnachtsfest hinaus ist.

Kreis Calbe.

Alten. Eine Parteiversammlung fand am Sonntag statt. Die Genossin Aelter berichtete über die Frauenkonferenz in Schönebeck, Genossin Jäbide über den Bildungsfiskus in Wernigerode. Auch in unserm Orte sind Bildungskurse für den kommenden Winter festgesetzt. Im November sollen innerhalb 14 Tagen vier Bildungsvereine stattfinden. Die Versammlung beschloß, zwei Versammlungen davon nach Weihnachten zu verlegen. Den Bericht über die Agitations- und Werbemasse gab Genossin Gede. Von 35 Probenummern der „Volkstimme“ wurden 23 Leser gewonnen. Auch mehrere neue Parteimitglieder wurden aufgenommen. Mit allem Nachdruck muß versucht werden, die Zeitung an Erscheinungstage hierher zu bringen. Dies ist nicht nur der Wunsch der Älteren Leser, sondern der mehrerer anderer Orte. Einen Bericht über die Wasserleitungsfrage gab Genossin Gede, der vom Genossen Bandau ergänzt wurde. Die Einwürfe gegen den Zivilingenieur Röttinger von Jechitz sind aus Geschäftssicht entkräftigt. Eine sechsgliedrige Kommission hat sie als haltlos befunden. Ferner wurde beschlossen, die Revolutionsfeier am 13. November abzuhalten. Festredner ist Genossin Kästen (Schönebeck). Die Arbeiterjugend wird den Abend verschönern helfen.

Barby. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Der Winter wirft seine Schrecken voraus. In der Stadt stieg die Zahl der Erwerbslosen von 165 auf 177, im Bezirk von 211 auf 235. Alle Fabriken aus der Friedenszeit stehen still, nur die Weizenaarbeit. Aber auch sie hat die Zahl ihrer Arbeitskräfte verringert. Dieser deutsch-amerikanische Betrieb ist zur Rationalisierung übergegangen. Maschinen übernehmen die Arbeit der Hände; je leistungsfähiger die Maschinen, desto weniger Hände werden gebraucht. Der Rationalisierung der Wirtschaft muß die „Rationalisierung der Arbeitszeit“ entgegengesetzt werden. Der Schichttag muß endlich auch in Deutschland Gesetz werden. — Der Richard-Wagner-Vortrag von Dr. Burkhardt war nicht so besucht, wie es erwünscht gewesen wäre. Aber es muß darauf hingewiesen werden, daß in Barby der Kreis der Besucher für derartige Veranstaltungen nur klein sein kann. Der Bildungsausschuß muß, wenn er ein volles Haus haben will, mehr volksnützliche Kunst und Wissenschaft berücksichtigen. — Die Werbearbeit der Völkergemeinde beginnt von neuem. Die Eltern und Verwandten können sich durch die Schulkinder anmelden lassen. Die nächste Aufführung wird zwischen Puffig und Todenfest sein. Es ist an zwei Abende gedacht, so daß sich die Völkergemeinde nach um 200 Teilnehmer vergrößern kann. Zur Auswahl sind angeboten: „Molière: Der eingebildete Kranke“; „Höfen: „Mossersholm“; „Wendler: „Der Erbe der Selbstmörder“; „Wahrheitlich kommt Jbrens „Mossersholm“ zur Darstellung. — Die Eisenbahnunterführung ist für Radfahrer eine Stelle des größten Grauens. Sie sollen rechts fahren, müssen hier aber wegen der schmalen Unterführung und der Kurve der Straße nach links ausbiegen. Dabei können sie direkt in die entgegenkommenden Fußwege und Autos hineinfahren, da sie keine Heberläufe über den Weg haben. — Die Versammlung der Kommunisten hat nicht weiter als ein würdiges Gespräch, bei dem die S. P. D. am meisten absahm. Man muß sich wundern, daß es auch in Barby noch Leute gibt, die für derartigen Unsinn, wie er am Freitag wieder verzapft wurde, ihre Zeit opfern. — Geflügelzucht. Der hiesige Geflügelzüchterverein plant eine große Geflügelzucht, die in Verbindung mit dem Weinanbau durchgeführt werden soll. — Die Auto- und Autobusverbindung nach Schönebeck ist eine Notwendigkeit, aber alles andere als ein Genuß. Es ist erfreulich, daß sich der Besitzer eines neuen Wagen zulegen will; der alte ist schon sehr altertümlich. Er hundert esf genug an der genauen Jumehaltung des Fahrplans und jähmelt seine Insassen wie Käben durcheinander. Wer den Wagen benutzt, tut das mit dem Troste: Schlicht gefahren ist besser als gar gefahren! — Abortanlage auf dem Friedhof. Es fehlt in Barby an öffentlichen Bedürfnisanstalten. Nun soll der Anfang mit der Errichtung solcher gemacht werden. Nicht wenig ist eine Abortanlage auf dem Friedhof. Das Hygienearium vergibt jetzt die Errichtung derselben. — Verkehrsregeln können gestern (Montag) durch die Stadt und verhängen der übertriebenen Einnahmehaft, daß vom 1. November an der Bojwagen wieder fährt. — Für den Totensonntag wird vom Reichsbund der Kriegsbefehlshabern, dem Reichsbanner, der Partei und dem Arbeitergefangenen-Arion wieder eine gemeinsame Gedenkfeier für die Gefallenen auf dem Friedhof veranstaltet werden.

Jülicher. Die Parteiversammlung war besonders zahlreich von Genossinnen besucht. Die vom Bezirksbildungs-ausschuß bereitgestellten Resolutionen wurden zur weiteren Bearbeitung dem Bildungsausschuß übergeben. Genossin Meyer regte an, bei der Agitation des Mannes die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zu berücksichtigen, damit die jüngeren Genossinnen einen Einblick bekommen. Den Klassenbericht gab Genossin Henning. Er zeigte eine Aufwärtsentwicklung im Ostpreußen. Genossin Wundeling erläuterte den Stand der Presse. Auch hier zeigt sich eine Besserung. „Volkstimme“-Leser haben wie 188. Parteimitglieder 122. Von der Werbearbeit berichtete Genossin Langling. Trotz der guten Arbeit ist das Ergebnis nicht befriedigend. In der Aussprache beteiligten sich alle Funktionäre. Den Bericht von der Gemeindevorstandersitzung gab Genossin Grotke; ihre Arbeit wurde gutgeheißen. Die Revolutionsfeier findet am Sonnabend den 6. November statt. Das Programm ist wie in früheren Jahren großzügig ausgerichtet unter Mitwirkung der neuen Volkshäuser und der neuen Turnerschaft. In der nächsten Jahresversammlung am 10. November soll ein Vortrag über den Verfall der Gruppe vom Genossen Rode gehalten werden. Gewe und Wandring verlasen Vorträge über wirtschaftliche Probleme. Vom Genossen Weide wurde auf die konjunkturgemäße Tätigkeit hingewiesen. Mischung wurde der Vorstand beantragt bei der Bemerkung der Konsum- und Spargenossenschaft Calbe a. d. S. dahin zu wirken, daß in unserm Orte eine Versammlung abgehalten wird. In der weiteren Aussprache beteiligten sich die Genossen Rode, Rode und Schulze. Mit einem Hinweis auf die am 11. November in unserm Orte stattfindende Gemeindevorstandersitzung des Kreises Calbe a. d. S. schloß der Vorsitzende die angeordnete verlassene Versammlung. — 113 Fäden, die auf der Chaussee Nordend-Abend 17 junge Obstbäume angepflanzt haben, wurden die Jugendlichen Sch. und K. ermittelt.

Wörlitz. Die Ortsgruppe unserer Partei versammelte am Sonntag den 7. November, von abends 8 Uhr an, im kleinen Saal ihre Revolutionsfeier, bestehend aus Konzert und Ball, unter Mitwirkung des Stenographen Kapelle. Die Revolutionsfeier wurde unter Vorsitz der Genossin F. v. d. L. durchgeführt. Die Parteigenossen und Parteimitglieder kamen, ne im Vortrag von roten und schwarzen Revolutionären, versammelten sich am Sonnabend den 6. November bei Kleye zur festlichen Auswanderung des Saales. — Eine öffentliche Frauenversammlung findet am Sonnabend den 13. November, abends 8 Uhr, im Turnsaal des Saal statt. Frau Gese (Wörlitz) spricht über die 88 218 und 219 des 1848. Es ist Pflicht der arbeitenden Bevölkerung von Wörlitz und Ullrich a. d. S. zu erscheinen.

Schönebeck. Die Volkseigentumverwaltung teilt mit, daß trotz wiederholter Hinweise Schutz und Wache in der Körnerstraße und am Ende der Lessingstraße abgeladen wird. Es wird gegen diese Verunreinigung nunmehr mit aller Schärfe eingeschritten werden. Als Schuttabstelle ist bis auf weiteres Grünevalde-Kirchberg bestimmt. — In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Parteivorstandes, Ortsausschusses und der Arbeiterwohlfahrt am Montag abend wurde Stellung genommen zu den eingereichten Anträgen durch den Ortsausschuß an den Magistrat wegen Beihilfe zum Weihnachtsfest an Hilfsbedürftige der Stadt. Die Notwendigkeit wurde dringend anerkannt. Beschlossen wurde, daß Listen von der Arbeiterwohlfahrt mit Stempel versehen in den einzelnen Gewerkschaftsbüros ausgelegt werden zur Einzeichnung von Hilfsbedürftigen Personen. Die Fragen müssen genau beantwortet werden. Wir hoffen, daß durch die Arbeiten der Arbeiterwohlfahrt jeder Hilfsbedürftige erfasst wird. — Erreicht a. b. In der Montagsausgabe des „Schönebecker Tageblattes“ ruft der abgeordnete W a t e r m a n n seinen Bekannten und Freunden ein herzlichliches Lebenswohl zu. Er bezieht nach einem kleinen Orte bei Stabe. So endet hier das Wirken eines Mannes, der glaube nach den Wahlen von 1924 Herrscher in Schönebeck zu sein. Besonders wird die Beamtens- und Angestelltenenschaft der städtischen Behörde seinen Wegzug begrüßen. Nur der Militär-Anwärter war für Watermann der „richtige“ Beamte. Für die Sozialdemokraten hat er stets Agitationsstoff geliefert und ist auch mehrmals öffentlich als Schreiber von gefälligen Urteilen im „Schönebecker Tageblatt“ entlarvt worden. Es wird auch der Tag wiederkommen, wo alle Republikaner zusammen an einem Strange ziehen und bei den kommenden Wahlen gestärkt ins Stadtparlament einziehen. — Die Revolutionsfeier wird am Sonntag den 7. November, abends 7 Uhr, im großen Saal des „Stadtparks“ von unserer Partei begangen werden. Die Arbeiter-Gesangsvereine mit Damenchören sowie die Turner haben ihre Mitwirkung zugesagt. Nachdem findet ein gemächliches Beisammensein statt. Der Eintrittspreis ist einheitlich pro Person 50 Pfg. Am Sonntag alle zur Revolutionsfeier nach dem „Stadtpark“!

Sozialdemokratische Partei Schönebeck.
Sonntag den 7. November, abends 7 Uhr
Revolutions-Feier
unter Mitwirkung der Arbeiter-Gesangs- und Damen-Chöre sowie des Turnvereins. — Nachdem musikalische Unterhaltung
Eintritt 50 Pfennig. Der Vorstand.

Schönebeck-Festleben. Das Stiftungsfest der Arbeiterturner hat gut angefallen. Die Schülerin Lippert sprach einen wirkungsvollen Prolog. Anerkannt muß werden die richtige Leitung der Knaben- und Mädchenreihen durch den Turngenossen H. Werner. Anhaltender Beifall lohnte die Mühe der Jüglinge. Die guten Leistungen beim Geräteturnen wurden anerkannt, es muß aber noch mehr Wert auf richtige Haltung des Einzelnen gelegt werden. Vielfältig aufgenommen wurde der Reigen und das Geräteturnen der Damenreize. Freie Turner Salzeimen, kameradschaftlicher Geist vereinte die Teilnehmer in froher Geselligkeit und erwarb dem Anwesenheit neue Freunde. — Metallarbeiter-Versammlung mit wichtiger Tagesordnung am Mittwoch abends 8 Uhr bei Kerzen. — Die Revolutionsfeier der Partei findet am Sonnabend den 6. November, abends 8 Uhr, bei Kerzen statt.

Schönebeck-Festleben. In einer Mitgliederversammlung der Arbeitsinvaliden und Wunden sprach Jakob (Langenweddingen) über Zweck und Ziel des Verbandes. Er schilderte die Not der Invaliden und Wunden. Der Staat ist verpflichtet, für die alten Leute zu sorgen, die ihre Arbeitskraft im Dienste der deutschen Volkswirtschaft verbraucht haben. Die Rente ist viel zu niedrig, harter Kampf bedarf es in den Parlamenten und Kommunen, um das Los der Invaliden und Wunden zu bessern. In der Diskussion unterrichtete Genossin Freilich als Vertreter unserer Partei die Ausführungen des Referenten und erwähnte, daß unsere Partei die Not der Invaliden und Wunden zu lindern sucht und schon manche Verbesserungen erzielt habe. Wenn wir nicht immer einen vollen Erfolg hatten, so liegt es auch an den Wählern. Im Kreis Calbe brauche man nur an Herrn v. Abensleben zu denken, der in jeder Versammlung gegen die Ausschreibungen der Sozialdemokraten kämpfte und mit ihm auch sein Parteigenosse Ruhlmann (Krausleben). Weiter sprach Jakob und suchte, vorübergehender Müller (Schönebeck) erwähnte noch, daß ab 1. Januar eine Sterbeunterstützung eingeführt wird. Gewünscht wurde, daß in Zukunft einige sozialdemokratische Stadtverordnete und Stadträte an den Versammlungen teilnehmen.

Bekannt. Der Vortrag über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie war trotz des schlechten Wetters von Parteimitgliedern von Mötze besucht. Leider fehlten außer Jugend und Frauen. Landtagsabgeordneter Kästen (Schönebeck) verband es mit einem 15stündigen Vortrag, die Anwesenden zu fesseln. Es wurde beschlossen, am 28. November einen zweiten Vortrag in Mötze halten zu lassen.

Stadtkreis Wörlitz.

Rede der Partei. Es gibt immer noch Parteiführer, die über ihre Erfolge in der Werbemasche noch nicht berichtet haben. Sie werden aufgefordert, nun sofort das Material beim Genossen Freilich, Groben 33, abzuliefern. Am Montag den 5. November findet unter Mitwirkung von Hoffmanns roten Sängern eine Revolutionsfeier im „Neuen Mannesgarten“ statt. Eintrittskarten sind in den bekannten Verteilungsstellen zu haben. Es wird um reichhaltige Entschädigung gebeten. Die Karte kostet 50 Pfennig für Erwerbslose 25 Pfennig.

Die Unterhaltung des Einflusses soll bis zum 1. Oktober 1928 von der Stadtgemeinde übernommen werden. Es handelt sich dabei lediglich um die Wahrung der Vorflut innerhalb der Märlinien. Die Unterhaltung obliegt daher der Stadt nicht, sie ist Sache der Anlieger. Nur wo die Stadt Anlieger ist und soweit die Feldmark in Frage kommt, hat die Stadt auch die Unterhaltung. Die Bildung einer Wassergenossenschaft, die nach dem preussischen Wasserrecht möglich ist, soll erwogen werden, wenn die Stadtratsverwaltung vollendet ist.

Was Handwerker kommen nach den bestehenden Vorschriften nicht Hochbauarbeiten in Frage, es sei denn, daß es sich um Sanierungsarbeiten handelt. Die Handwerker sind geneigt, je immer Vorteile. Dieser Zustand ist jedoch nicht zu wünschenswert; während hier die Gelder auf die denkbar beste Weise anzuwenden sind, müssen sie heute, nach Lage der Sache, fast ausschließlich zu Erdarbeiten verwendet werden, deren produktiver Wert oft zurückgeht. Der Verwaltungsausschuß des hiesigen Arbeitsamtes beschloß deshalb, bei den zuständigen Stellen vorstellig zu werden, daß auch Hochbauarbeiten in Form von Unterbau- und Finanzier werden. Die Förderung kann in derselben Weise geschehen wie bei dem Bau von Landbauernwohnungen. Die Bauarbeiter hätten von einer solchen Förderung

selbsterständlich keinen Nachteil, sondern nur Vorteile. Schon die allgemeine Belebung des Baumarktes wäre für sie günstig. Im übrigen ist heute schon für alle Notstandsarbeiten vorgeesehen, daß tarifliche Löhne gezahlt werden.

Altmark.
Die Revolutionsfeier wird vom sozialdemokratischen Parteibereich am Sonntag den 7. November, abends 8 Uhr, in der „Neuen Welt“ veranstaltet. Mitbeteiligung „Die Brandstifter Europas“, Feitredner und Ball. Die Genossinnen und Genossen, alle Gewerkschaftsmitglieder mit ihren Angehörigen sowie alle Mitglieder sämtlicher Arbeitervereine sind herzlichst eingeladen. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfg.

Stadtkreis Stendal.

Die Volkshochschule wird ihre Tätigkeit wieder in vollem Umfange aufnehmen. Die Arbeit hat auch während des Sommers nicht ganz geruht; ein Lehrgang für allgemeine Bildung, der im vorigen Jahre eingerichtet wurde, hat — mit Unterbrechungen seine Teilnehmer bis jetzt zusammengehalten. Es sollen nun noch zwei weitere Arbeitsgemeinschaften für allgemeine Bildung eingerichtet werden. Sie führen ihre Mitglieder in die deutsche Sprache und Dichtung ein, über richtiges Sprechen und Schreiben, Aufsätze, Briefe usw., treiben bürgerliches Rechnen, Naumlehre und auf besonderen Wunsch auch Arithmetik. Die gemeinschaftlichen Arbeitsabende finden Montags und Donnerstags in der Mittelschule statt. Interessenten werden zu einer Besprechung, die am Donnerstag abends 8 Uhr in der Mittelschule stattfindet, eingeladen. Die Kosten sind sehr niedrig; sie betragen monatlich 3 Mark, Arbeitslose frei. Von verschiedenen Seiten ist die Einrichtung von Lehrgängen für Englisch und Französisch angeregt worden. Diese können eingerichtet werden, wenn sich für jeden Lehrgang mindestens 15 Teilnehmer finden. Anmeldungen wolle man am Mittelschullehrer Zander, Ostheerstr. 3a, richten.

Stadttheater. Die letzte Woche im Oktober hat fast nur volle, fast ausverkaufte Häuser gesehen. Der November wird mit der Operette „Gräfin Mariza“ eingeleitet, wo wiederum Fräulein Giechjan (Sondershausen) in der Titelrolle gastiert. Am Freitag Schauspielabend „Der Strom“ von Ray Galbe. Im übrigen sind noch Neuaufführungen vorgeesehen von „Hanneles Himmelfahrt“, „Charlens Tante“, „Der Hochtourist“, „Kater Lampe“. Wir sehen, daß wir es wieder mit einem angenehmen, jedem Geschmack gerecht werdenden Spielplan zu tun haben. Ein neuer Ansporn, recht bald die Mitgliedschaft der Theatergemeinde zu erwerben.

Frauengruppe. Vorstandssitzung am Mittwoch den 3. November, abends 8 Uhr. Die Frauenversammlung findet am Donnerstag den 11. November bei Deter statt.

Keine Krankenlängenauswahl. Die zu Sonntag den 28. November anberaumte Wahl des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Stendal findet nicht statt, da außer dem vom Vorstand aufgestellten Wahlvorstand keine anderen Vorschläge eingegangen sind. Die Vorschläge gelten als gewählt. Anfechtungen gegen die Wahl müssen innerhalb eines Monats dem Vorstand der Kasse oder dem Versicherungsamt gemeldet sein.

Anmeldung von offenen Lehrstellen. Der Arbeitsnachweis macht darauf aufmerksam, daß die beim öffentlichen Arbeitsnachweis bestehenden Lehrstellenvermittlungsstelle benutzt werden möge. Die Arbeitgeber stellen alle offenen Lehrstellen im Verwaltungsgebäude, Brüderstraße 16, Zimmer 8, anmelden.

Die Kanalisationsgebühren für Oktober, November, Dezember sind bis 4. November an die Stadtsteuerkasse, Brüderstraße 16, vormittags von 9 bis 12 Uhr, zu zahlen.

Für den Standesamtsbezirk Stendal ist der Magistratsoberssekretär Wille als Stellvertreter des Standesbeamten bestellt.

Die Wochenmarktreise am Sonnabend findet gegenüber der alten Verordentlichung unverändert geblieben.

Die Kinder von der Ruhe reifen ab. Die in den Ortlichen des Landkreises Stendal während der Sommermonate untergebracht Kinder aus Ostpreußen (Mehland) verlassen am Mittwoch den 3. November unsere Gemeinde. Sie müssen alle je zuna in Stendal einreisen, daß sie am genannten Tage bis 5 Uhr nachmittags am Hauptbahnhof dem Transportführer übergeben werden.

Verbrecherischer Diebstahl. Vor einigen Tagen fand eine Frau in ihrer Wohnung in der ... Straße, als sie gegen 9 Uhr abends nach Hause kam, einen ... Diebstahl. Die Sachen waren durchemandergerückt, so daß die Frau annehmen konnte, hier habe ein Raubüberfall stattgefunden. Der Sohn war mit Pindfaden und Verbandsdrath stark gefesselt. Der Sohn sagte, er habe am Tisch geoffen, als er hörte, daß fremde Leute in die Wohnung kamen. Zwei maskierte Männer will er noch gesehen haben. Denn vorzeitig ist ihm ein Schlag ins Gesicht, so daß er besinnungslos vom Stuhl fiel. Weiter wußte er nichts anzugeben. Die Polizei soll nichts sein. Die Polizei wird untersuchen, ob die Angaben zutreffen.

Weggefahren ist am 20. Oktober nachmittags aus der elterlichen Wohnung der am 19. August 1909 in Stendal geborne Kurt Gantler, 170 Meter groß, blond, rechte Hand (beraubt), hängt herab, graue Haare, breches-Mantelkoffer, schwarze Leder-gamaschen, blaue Schiffermütze. Die Kriminalpolizei tritt um Nachricht.

Wem gehören die Sachen? Auf dem Hundebureau wurden in letzter Woche folgende Sachen als gerunden abgehoben: Käse Theaterhefte, ein Alpakahäutchen, zwei Brillen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Groß-Ennsleben. Mittwoch abend 9 Uhr wichtige Sitzung sämtlicher Sozialisten und Theaterbesitzer. Es soll auch Rollenverteilung vorgenommen werden. Donnerstag Absperrung.

Kleine Chronik.

Meisterhelden in Berlin.
In der Nacht vom Sonntag zum Montag stritten sich im Zentrum von Charlottenburg, am Wilhelmplatz, zwei blühende Frauen ab, bei denen das Messer eine verhängnisvolle Rolle spielte und zwei junge Männer ihr Leben einbüßten. In dem einen Falle scheint es sich um einen Raubmord zu handeln, im andern Fall um eine Zuhälterei, die sich nach einem Tanzvergnügen um eine Frau entzweit. Gegen 4 Uhr morgens schleifte sich ein junger Mensch zu einer Anstaltskammer und hat der Chauffeur, ihn nach einer Rettungshilfe zu fahren, weil er überfallen und durch Messerhiebe schwer verletzt worden sei. Schon unterwegs verlor der Fahrgast die Besinnung. Der Arzt stellte fünf Messerhiebe in den Unterleib fest. Kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus ward der Schwerverletzte, Das andere Opfer einer unheilvollen Messerhiebe wurde ebenfalls als meder-

Von echtem Korn und Schrot
das Hickstein-Vollkorn-Brot!
In allen einschlägigen Geschäften zu haben. Vertreter: Martin Frankenstein, Magdeburg, Formstecher 629 und 683. In allen einschlägigen Geschäften zu haben. Alleinverkauf für Biederitz: Gustav Grunert, Bäckermäster, Schulstraße 1. Alleinverkauf für Gerwisch: Otto Lohse, Bäckermäster.

Schmerzen blutend aufgefunden. In das Krankenhaus gebracht, erlag auch dieser junge Mann sehr rasch den Folgen der Messerschneide.

Müßliche Mutt auf der Dorfstraße.

In Oberbeina bei Merseburg hat sich in der Nacht zum Montag auf der Dorfstraße eine blutige Szene abgespielt. Von einem kürzlich auf der Grube entlassenen Arbeiter wurde der Schachmeister Paul Müller überfallen und mit dem Dolche so ausgerichtet, daß ihm die vordere Brustwand in etwa 10 Zentimeter Länge geöffnet wurde, so daß die Lunge offen lag. Der sofort herbeigerufene Arzt Dr. Ehrhardt aus Merseburg verband den Schwerverletzten und nahm ihn im Auto mit in das Merseburger Krankenhaus. Der Täter wurde verhaftet.

Familientragödie in Berlin.

Im Nordosten Berlins ereignete sich in der Nacht zum Montag eine furchtbare Familientragödie. Ein 44-jähriger Friseur, der sich infolge eines unheilbaren Lungenleidens mit Selbstmordgedanken trug und dabei gleichzeitig seine Familie aus dem Leben schaffen wollte, schlug nachts um 3 Uhr, als er von einem Herzkrampf befallen wurde, mit einem Tischmesser auf seine 14-jährige Tochter. Als die Frau erwachte und ihm die Waffe entriß, holte er in der Küche ein großes Brotmesser und brachte dem Kinde mehrere Stiche bei. Die Frau konnte vor den Bedrohungen fliehen. Als Nachbarn und Polizei in der Wohnung erschienen, hatte sich der Vater eine tödliche Verletzung beigebracht. Auch die Verletzungen der Tochter sind lebensgefährlich.

Neue Hochwassergefahr im Harz.

In Groß-Luchstedt ist die Poltemme über die Meereshöhe und hat bereits die Brücke überschritten. Gärten und Keller stehen unter Wasser, ebenso die Bahnunterführung. Das Wasser ist in der Nacht erheblich gestiegen, so daß die Leute rasch nach abwärts fliehen. In der Nähe des Bahnhofs stehen die Keller unter Wasser. Die Wassermenge ist so groß, daß die Brücke über die Straße in der Gegend des Bahnhofs gefährdet ist. Die Wassermenge ist so groß, daß die Brücke über die Straße in der Gegend des Bahnhofs gefährdet ist. Die Wassermenge ist so groß, daß die Brücke über die Straße in der Gegend des Bahnhofs gefährdet ist.

Der März im Harz.

Der März im Harz ist ein Monat der Kälte und der Stille. Die Schneedecke liegt tief und unberührt. Die Bäume sind ohne Blätter, nur die Nadelbäume zeigen noch ihre grüne Farbe. Die Luft ist klar und kalt, die Sonne scheint nur selten durch die Wolken.

Der März im Harz.

Der März im Harz ist ein Monat der Kälte und der Stille. Die Schneedecke liegt tief und unberührt. Die Bäume sind ohne Blätter, nur die Nadelbäume zeigen noch ihre grüne Farbe. Die Luft ist klar und kalt, die Sonne scheint nur selten durch die Wolken.

Der März im Harz.

Der März im Harz ist ein Monat der Kälte und der Stille. Die Schneedecke liegt tief und unberührt. Die Bäume sind ohne Blätter, nur die Nadelbäume zeigen noch ihre grüne Farbe. Die Luft ist klar und kalt, die Sonne scheint nur selten durch die Wolken.

Der März im Harz ist ein Monat der Kälte und der Stille. Die Schneedecke liegt tief und unberührt. Die Bäume sind ohne Blätter, nur die Nadelbäume zeigen noch ihre grüne Farbe. Die Luft ist klar und kalt, die Sonne scheint nur selten durch die Wolken.

Der März im Harz ist ein Monat der Kälte und der Stille. Die Schneedecke liegt tief und unberührt. Die Bäume sind ohne Blätter, nur die Nadelbäume zeigen noch ihre grüne Farbe. Die Luft ist klar und kalt, die Sonne scheint nur selten durch die Wolken.

Der März im Harz ist ein Monat der Kälte und der Stille. Die Schneedecke liegt tief und unberührt. Die Bäume sind ohne Blätter, nur die Nadelbäume zeigen noch ihre grüne Farbe. Die Luft ist klar und kalt, die Sonne scheint nur selten durch die Wolken.

Der März im Harz ist ein Monat der Kälte und der Stille. Die Schneedecke liegt tief und unberührt. Die Bäume sind ohne Blätter, nur die Nadelbäume zeigen noch ihre grüne Farbe. Die Luft ist klar und kalt, die Sonne scheint nur selten durch die Wolken.

Waterland, holte sich dafür die Auszeichnung eines „Heirats-Käpten“. Bei den Amerikanern fanden die Trauungen „aus dem Stegreif“ viel Gefallen, einmal weil sie „romantisch“ waren (nach Jantebegriffen von Romantik), zum andern aber auch, weil sie praktisch gefanden wurden, indem man das Traugeschehen entbehrte, sowie die große Festtafel, was den Vorzug der Billigkeit hatte. Man kann nicht sagen, daß diese „Antik-Heiraten“ länger gehalten hätten als die amerikanische Durchschnitts-Heiraten. Ein Kongreßmann bemerkt sogar die sommerliche Erholungsreise nach der Welt, um an Bord ein Gefäß zur Sanftionierung solcher Schiffsreisen auszuarbeiten. Dies Konzept ist ihm jetzt gründlich verdrungen worden, denn die Kapitane der großen amerikanischen Transatlantik-Dampfer haben Anweisung bekommen, für die Folge keine Ehen auf See mehr zu sanktionieren. Die Gründe für das Verbot liegen darin, daß in den Vereinigten Staaten keine allgemein gültige Ehe-Gesetzgebung besteht, daß vielmehr jeder einzelne Staat darüber seine besonderen gesetzlichen Bestimmungen hat. Eine „Vorbeuge“, nach den Vorschriften eines bestimmten Staates geschlossene, könnte daher leicht in einem andern Staate ungültig sein. In Amerika werden natürlich die in einem Bundesstaat geschlossenen Ehen in den andern Staaten anerkannt, aber die amerikanischen Schiffe sind Eigentum der Union und gehören somit nicht einem besonderen Staate an. Derartige Schwierigkeiten in der Handhabung der Ehen oder vielmehr der Scheidungen stellt sich das neuerliche Verbot entgegen.

Die Modernisierung des dunkelsten Newyork.

Die verdrängte „Gasse“ von Newyork soll niedriger liegen und durch ein neues modernes Stadtbüro ersetzt werden mit modernem Büropark. Parken, Springbrunnen und baumbepflanzten Alleen. 500 der reichsten Männer Newyorks sollen sich verpflichten, für 5 Jahre je 100 000 Dollar jährlich zu diesem Projekt beizutragen, um die für den Anfang notwendige Summe von 50 Millionen Dollar aufzubringen. Bei den städtischen Behörden besteht lebhaftes Interesse für den gigantischen Plan, und es ist alle Aussicht vorhanden, daß er in absehbarer Zeit durchgeführt wird.

Jungen registrieren die Stadt.

Daß amerikanische Stadtbewohner sich mit der Jugend in gemeinsamer praktischer Arbeit zusammenfinden, ist keine Seltenheit. So hatte auch kürzlich die Jugend von Portchester ihren großen Tag. Raus Jungen übernahmen für 24 Stunden die städtischen Arbeiten. Jeder wurde Volontier, erhielt pünktlich um 8 Uhr im Polizeihaus und verließ den Polizeihaus. Dann begab er sich in die Quartiere und kontrollierte die Befolgung der Verkehrsregeln. Ein anderer übernahm die Aufsicht der Bürgermeisters und hatte alle Hände voll zu tun, um einen Einblick in das komplizierte Geschäft einer Gemeindegewinnung zu gewinnen. Der dritte machte als Stadtmaler eine Fußbodenmalerei, um die öffentlichen Kammerarbeiten zu kontrollieren. Der vierte nahm als Stadtmaler eine Fußbodenmalerei, um die öffentlichen Kammerarbeiten zu kontrollieren. Der vierte nahm als Stadtmaler eine Fußbodenmalerei, um die öffentlichen Kammerarbeiten zu kontrollieren.

Ein laubblühender Kletterbaum.

Ein laubblühender Kletterbaum, wurde vor kurzem im Reichsgebiet, im 20. Jahre als Baum Georgio, bezeichnet. Sein Laub ist sehr schön und hat eine schöne Farbe. Er blüht im Sommer und hat eine schöne Farbe. Er blüht im Sommer und hat eine schöne Farbe. Er blüht im Sommer und hat eine schöne Farbe.

Ein Mann, der betrogen wurde, daß er lebt.

Ein Mann, der betrogen wurde, daß er lebt. Er hat eine schöne Geschichte zu erzählen. Er hat eine schöne Geschichte zu erzählen. Er hat eine schöne Geschichte zu erzählen. Er hat eine schöne Geschichte zu erzählen.

Ein Mann, der betrogen wurde, daß er lebt. Er hat eine schöne Geschichte zu erzählen. Er hat eine schöne Geschichte zu erzählen. Er hat eine schöne Geschichte zu erzählen. Er hat eine schöne Geschichte zu erzählen.

Der Riffenfahrer im Expeditionslager.

Rätselhafte Einbrüche, die bei Berliner Expeditionen verübt wurden, fanden endlich eine überraschende Aufklärung. Man konnte sich niemals erklären, wie die Diebe in die Räume hineinkamen und wie sie wieder hinausgekommen sein konnten. Jetzt ist das Rätsel gelöst. Hier waren die Riffenfahrer an der Arbeit, die im August auf dem Bahnhof in Dresden gefaßt wurden.

Ein Kaufmann Emil Seyne, der früher mehrere Geschäfte mit photographischen Artikeln betrieb und unter dem Namen „Photo-Seyne“ in ganz Berlin bekannt war, und ein Kaufmann Hans Schier hatten sich zusammengedungen, um sich auf eine ganz abgefeimte Art in den Besitz von Expeditionsgütern zu setzen. Seyne, der in der Inflationszeit seine Geschäfte verkaufte und dadurch wirtschaftlich zu Grunde ging, ließ vier Riffenbauer, die sich von gewöhnlichen Expeditionskisten nicht unterscheiden, die er und Schier füllten drei davon mit Steinen und andern wertlosen Zeug und in die vierte wurde Schier selbst verpackt. Seyne ließ dann alle vier Kisten von einem kleinen Fuhrunternehmer aus dem Westen der Stadt zu einem Großpediteur bringen, um sie dort für eine Nacht lagern zu lassen. Er spielte dabei den Angestellten irgendeines Geschäftes, das nicht über genügend Lagerplätze verfügte. Am nächsten Morgen wurden die Kisten wieder abgeholt, jetzt aber mit ganz andern Inhalt. Schier war über Nacht aus seiner Kiste herausgetreten, hatte sich Kisten mit wertvollem Inhalt herausgeholt, diese auf seine Kisten umfiguriert und die eigenen Kisten mit dem fremden Zeug versehen. Nach diesen Manipulationen hatte er sich wieder in seine Kiste verpackt, und so wurde er denn mit den drei andern zu einem Drogerien Heiberle aus Tempelhof nach dessen Geschäftsräumen in der Lützowstraße angeliefert. Hier wurde er befreit. Er erbrach auch fremde Kisten und vertauschte ihren Inhalt mit dem wertlosen Zeug seiner eignen. Von den Räumen Heiberles aus wurden die erbeuteten Sachen verkauft. In zwei Tagen, die ihnen bereits bestimmt nachgewiesen werden konnten, brachten die fündigen Leute für je 4000 Mark Güter an sich. Ein dritter Versuch aber mißglückte. Die Kisten kamen jetzt an einem Sonntagabend in einen Expeditionsraum und lagerten bis Montag. In diesem Betrieb aber war Nachtdienst eingerichtet. So konnte Schier sein Versteck nicht verlassen und nicht „arbeiten“. Aber nicht das allein. Die Leute, die abends, in der Nacht und auch am Sonntag tätig waren, setzten sich in den Reihen zum Frühstück und dergleichen, ausgerechnet auf seine Kiste. Unterhielten sich dabei sehr lebhaft und trauerten mit der Person gegen die Seiten seines Versteckes. Als er am Montag morgen in der Lützowstraße erfaßt wurde, erklärte er sehr erschrocken, auf einem Expeditionshof mache er nicht mehr mit, weil er nicht berührt werden wolle. So kamen denn die Unternehmer nach dem Muster einer Solenne, die früher auf der Straße Berlin-Leipzig tätig gewesen war, auf den Gedanken der Riffenfahrt, für die sie die Straße Berlin-Dresden ausfachten. Aber schon am Ende der ersten Fahrt wurde Schier erfaßt und bald darauf auch Seyne festgenommen.

Der bewunderte Vandal.

Es gehört zu den Ercheinungen des polnischen Lebens, daß sich in ununterbrochener Folge allerhand Räuberbanden bilden, die nicht nur in den romantischen Dichtungen, sondern bis in die Behauptungen der Hausstadt Warschau ihre Doldenstunden finden lassen. Die Rolle, in denen meistere Vandalen ohne weitere Umstände in die Wohnung argeßer Bürger eindringen und sie mit vornehmlichem Reibsel zwingen. Geld und Wertgegenstände herausgeben, bei Weigerung auch ohne Umstände den einen oder andern wiederfallen, gehören seit einigen Jahren ganz zu den Seltenheiten in Warschau.

Der Fall ist nun folgender: Der vorläufig letzte große Räuberhauptmann von Warschau, im Kampf mit der Polizei erfaßt worden. Zielsetzt er als letzter in einem neuen Angriffen an den Ufern der Weichsel aufzumachen, in denen vor einigen hundert Jahren die Zerstörungen über den polnischen Städten befohlenen Taten führten. Es war ein bösser Jüngling mit dunkelblauen Augen, den, als er gefaßt wurde, alle Vandalen des Viertels in ihr Herz schloßen. Vor 2 Jahren begann er sein Geschäft und nahm eine Anzahl von unerschrockenen Mitarbeiter in sein Unternehmen auf und so wurde polnisch bald der populärste und gefürchtetste Räuberhauptmann von Warschau, dessen Namen und Anerkennung vor allen Leuten der kleinen schmutzigen Gassen der fernsten Teile von Warschau an den Heintagen geläufig wurden. Wenn nun die Polizei auf seiner Spur war, so konnte er nicht erst gemächlich ab, bis man ihn zur Heberade auffing, sondern er lief sofort den Mann, der ihm am nächsten kam, wieder, und dann erst ließ er davon. Da er sehr schnelle Reize hatte, so fand er auch immer wieder einen Schutzort, und schließlich hat er bei seinen vielen wiederholten Verbrechen Wohnungsbauern nicht weniger als 250000 Zlotys, der bei solchen Gelegenheiten erwarben werden, in ein besseres Quartier befördert. Einige seiner Genossen hat die Polizei schon vor Wochen erfaßt, aber polnisch selbst blieb unerschrocken, trotzdem man schon mehrmals den Mann, der die Wohnung von Warschau weilt, zum Tode verurteilt hat. Die Polizei nahm seine Verbrechen an, die polnisch der unerschrockenen Taten folgen und dieses Jahr um den polnischen Monat möglichst viel Schaden verursacht haben würde. In der vergangenen Woche kamen zum drei Mann in einem kleinen Laden der Altstadt, hielten der Eigentümer des Ladens unter der erfindlichen Art, weshalb diese es ohne weitere Widerrede zuließ, den 20 Mann für 10 Minuten mit einem Mann, anzuweisen, ebenso die dazu gehörigen Taten und Wunden. Man hörte die Polizei den Mann, der die Wunden der drei, und sie verstanden in einem der polnischen Sprachen der schmutzigen Zerstörer. Die drei wurde zum Tode verurteilt, und die drei wurde zum Tode verurteilt, und die drei wurde zum Tode verurteilt.

Am Donnerstag fand seine Verurteilung statt, so daß seine Taten, seinen Taten und seinen Taten in Warschau, der es sich nicht zu schenken mag, ein großes Verbrechen, das polnisch. Einige andere polnische Taten, die es sich nicht zu schenken mag, ein großes Verbrechen, das polnisch. Einige andere polnische Taten, die es sich nicht zu schenken mag, ein großes Verbrechen, das polnisch.

Wintelhausen

